

**PALÄSTINA-INFO
SPEZIAL**

SPENDEN FÜR KOLONIALISMUS UND APARTHEID

Die Grünwaschung von Vertreibung und Enteignung in
Palästina durch den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL)

Palästina-Solidarität
Region Basel
in Zusammenarbeit mit dem
Palästina-Komitee Stuttgart
und BDS Schweiz

Umschlagfoto: Ruinen der Kirche St. Anna in Safurie, aufgenommen während der
Tour des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina, September 2009

SPENDEN FÜR KOLONIALISMUS UND APARTHEID

**Die Grünwaschung von Vertreibung und Enteignung in
Palästina durch den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL)**

Inhalt

Spenden für Kolonialismus und Apartheid

Grünwaschung von Vertreibung und Enteignung in Palästina
durch den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL)

Palästina-Info Spezial

- 5 Grünwaschen der ethnischen Säuberung und Apartheid in Palästina
- 7 Der Jüdische Nationalfonds 1901-1948
- 11 Beihilfe zur ethnischen Säuberung
Der JNF/KKL und die Nakba
- 16 Aus den Augen, aus dem Sinn
Die Entarabisierung der Landkarte und der Versuch der Auslöschung
der Erinnerung an die Nakba
- 23 JNF/KKL in der besetzten Westbank und Ostjerusalem
- 24 Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes
Grüner JNF/KKL?
- 28 Auf Kosten der PalästinenserInnen
Wie der Jewish National Fund den Negev „entwickelt“
- 33 Planung als Werkzeug der Landenteignung – das Prawer-Projekt im Negev
- 34 Der JNF/KKL und die Schweiz
- 38 Impressum

Grünwaschen der ethnischen Säuberung und Apartheid in Palästina

Ende des letzten Jahres feierte der Jüdische Nationalfonds sein 110-jähriges Bestehen. 1901 im Stadtcasino Basel während des 5. Kongresses der zionistischen Bewegung gegründet, war er seither immer ein zentraler Akteur, wenn es darum ging, den PalästinenserInnen ihr Land Stück für Stück zu entreissen. Die Palästina-Solidarität Region Basel möchte mit dieser Broschüre das Jubiläum kritisch begleiten und die Machenschaften des Jewish National Fund (hebräisch: Keren Kayemeth LeIsrael, KKL) in all ihren Aspekten aufzeigen.



Der Jüdische Nationalfonds (JNF/KKL) ist eine mächtige und finanzstarke Organisation. Sie besitzt 13 Prozent des Bodens in Israel und verwaltet weitere 80 Prozent mit, die sich in staatlichem Besitz befinden, indem er einflussreich in der staatlichen Landbehörde (ILA) vertreten ist. Der JNF/KKL hat damit eine halbstaatliche Rolle und finanziert viele öffentliche Aufgaben: Unterhalt von Wäldern, Bau von Aufbereitungsanlagen und Reservoirs für Wasser, Einrichtung und

Unterhalt von Freizeitanlagen etc. Der JNF ist eine Tochterorganisation der „World Zionist Organisation“ (WZO) und seit 110 Jahren ein zentrales Instrument der zionistischen Bewegung für die jüdische Kolonialisierung von Palästina vor und nach der Staatsgründung Israels. Über den JNF/KKL und seine Tochterorganisationen sind nur wenige Informationen bekannt. Es herrscht wenig Transparenz über die Organisationsstrukturen, Finanzen, Projekte und internen Diskussionen, sodass sich seine Tätigkeit nur grob nachverfolgen lässt.

Die Broschüre soll die internationale Kampagne „Stop the JNF“ im deutschen Sprachraum unterstützen und bekannt machen. Die Kampagne will über die zentrale Rolle des JNF/KKL bei der Umsetzung der zionistischen Politik aufklären. Dazu gehören:

- die andauernde Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung von ihrem Land
- die Enteignung ihres Landes und Besitzes
- die fortdauernde Kolonialisierung und
- die Zerstörung der natürlichen Umwelt Palästinas.

Der Widerstand gegen die Politik des JNF/KKL ist alt. Während Jahrzehnten haben palästinensische Land- und HäuserbesitzerInnen mit ihren AnwältInnen, ihren Gemeinden und zusammen mit AktivistInnen verschiedene Wege bestritten, um Widerstand gegen den JNF/KKL zu leisten. Sie haben rechtliche Schritte gegen die Zerstörung

Kindergartenjunge 1951 - „Kinder, vergesst nicht, am Freitag eure Münze für die blaue Büchse mitzubringen.“

und Enteignung ihrer Häuser und Grundstücke ergriffen und sich den Bulldozern des JNF/KKL entgegen gestellt. Sie organisieren Treffen und Gedenkveranstaltungen in den Ruinen der zerstörten Dörfer, die vom JNF/KKL in Wälder und Picknickareale umgewandelt wurden, um den Anspruch der vertriebenen PalästinenserInnen auf Rückkehr abzuwehren.

1988 veröffentlichte der britische Historiker Walter Lehn zusammen mit dem Anthropologen und Akti-

visten Uri Davis das erste umfassende kritische Buch zur Geschichte des JNF/KKL. Seit dem Krieg gegen den Gazastreifen 2008 hat sich der Widerstand gegen den JNF/KKL international verbreitet und intensiviert. 2009 ist am Rande der Nachfolgekonzferenz zur UNO-Antirassismus-Konferenz von Durban in Genf die internationale Kampagne „Stop the JNF“ gegründet worden. Sie will die verschiedenen Kämpfe gegen den JNF/KKL international koordinieren und verstärken.

Schon vorher hatte es auf internationaler Ebene verschiedenste Aktionen und Kampagnen gegen den JNF/KKL gegeben. In Kanada war der vom „JNF



Blau KKL-Sammelbüchse, gefüllt mit bittersüssen Köstlichkeiten als Sinnbild Israels

Canada“ finanzierte Canada Park, der auf dem Boden von drei 1967 zerstörten palästinensischen Dörfern errichtet wurde, Auslöser für eine breite Diskussion über den JNF/KKL (siehe Kapitel „Aus den Augen, aus dem Sinn“). Auch bei der UNO wurde gegen den JNF/KKL Lobbying betrieben. Badil, eine palästinensische NGO, die sich für die Rechte der Flüchtlinge starkmacht, und das Netzwerk für Haus- und Landrechte der internationalen Habitat Coalition setzten sich beispielsweise 2007 erfolgreich dafür ein, dem JNF USA aufgrund seiner politischen Funktion keinen UN-Beraterstatus zu erteilen. An der „Stop the JNF“-Kampagne beteiligten sich insbesondere auch das jüdisch-antizionistische Netzwerk (IJAN), der palästinensische Ausschuss der Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BNC) und die Schottische Palästina-Solidarität (SPSC). Im Mai 2010 fand in Edinburg (Schottland) das erste Treffen von

AktivistInnen und AnwaltInnen des neuen Netzwerkes statt, um Erfahrungen auszutauschen und das Netzwerk zu stärken. Das internationale Netzwerk geht davon aus, dass die Basis einer gerechten Lösung des Palästina-Konflikts nicht durch Kolonialismus, Vertreibung und Diskriminierung (also Kriterien der Definition von Apartheid) geschaffen werden kann. Die Broschüre möchte kurz die verschiedenen Aspekte der Arbeit des JNF/KKL darstellen. Die Artikel beleuchten jeweils unterschiedliche Themen: angefangen von der Gründung und der Rolle des JNF vor der Gründung Israels bis zu dessen heutiger Strategie, sich als NGO für Umweltsachen zu präsentieren. Zu jedem Artikel gibt es weiterführende Literaturhinweise. Der JNF/KKL hat nicht nur die Schaffung einer exklusiven und diskriminierenden „Jüdischen Heimstätte“ mit dem Kauf von Land gefördert, er trägt auch Mitverantwortung für die bis heute andauernde ethnische Säuberung und Enteignung der einheimischen arabischen Bevölkerung in Palästina sowie die Vertuschung dieser Verbrechen durch seine Propaganda und durch die Begrünung zerstörter arabischer Dörfer. Zudem ist er heute eine wichtige Stütze der israelischen Apartheid, weil er 93 Prozent des Landes von Israel exklusiv nur für die jüdische Bevölkerung mitverwaltet. Der JNF/KKL hat Zweigstellen in über 50 Ländern in Europa, Nordamerika und darüber hinaus. Trotz der Teilhabe an den Verbrechen gegen die PalästinenserInnen gilt er in den meisten Ländern, in denen er aktiv ist, als gemeinnützige Nichtregierungsorganisation und genießt Steuerfreiheit. Deshalb wollen wir neben der Aufklärungsarbeit über die Rolle des JNF/KKL auch dazu beitragen, dass ihm und den mit ihm verbundenen Organisationen aufgrund der rassistischen Politik der Status der Gemeinnützigkeit bei Bund und Kantonen abgesprochen wird. Es ist befremdend und einmalig, dass die offizielle Schweiz eine halbstaatliche, rassistische Bewegung unterstützt.

Weiterführende Links und Lektüre

1. Walter Lehn, Uri Davis, „Jewish National Fund“ (nur noch antiquarisch erhältlich)
Siehe auch: uridavis-official-website.info
2. Stop the JNF www.stopthejnf.org
3. IJAN www.ijsn.net
4. BDS-Kampagne und BNC www.bdsmovement.net
5. SPSC www.scottishpsc.org.uk
6. E-Books zum JNF jnfbook.net

Der Jüdische Nationalfonds 1901 – 1948



Gründung des Jüdischen Nationalfonds

Ende des 19. Jahrhunderts machten sich die bis dahin nur lose verknüpften BefürworterInnen eines jüdischen Nationalstaates daran, ihre Utopie in die Tat umzusetzen. Auf Initiative von Theodor Herzl wurde 1897 in Basel der erste Zionistenkongress abgehalten. Die 204 TeilnehmerInnen aus aller Welt einigten sich auf eine gemeinsame politische Perspektive: die Errichtung eines jüdischen Staates. Zu diesem Zweck gründeten sie den zionistischen Weltkongress und vereinbarten, sich im folgenden Jahr wieder zu treffen. Schon bei diesem ersten Kongress wurde über die Schaffung einer Organisation diskutiert, die in Palästina Land kaufen und an jüdische SiedlerInnen vertei-

len sollte. Es dauerte dann jedoch noch vier Jahre, bis diese Idee mit der Gründung des Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL) auf dem vierten Zionistenkongress 1901 realisiert wurde. Der JNF/KKL war von Anfang an als ein Instrument des zionistischen Projektes gedacht gewesen. Es ging darum, die Umsetzung der eigenen Utopie selbst in die Hände zu nehmen und nicht zu warten, bis eine wohlgesinnte Grossmacht den verfolgten Juden und Jüdinnen zu Hilfe kommt. Obwohl der Zionismus von keinem europäischen Staat vorangetrieben

wurde, war die Ideologie eindeutig im kolonialistischen Denken jener Zeit verankert:

- die Idee, sich ein Stück Erde Untertan zu machen und sich dort anzusiedeln;
- die Methode, mit externer Hilfe (zwar nicht eines Mutterlands, dafür einer weltweiten Community) die Kontrolle über dieses Land zu erlangen und im Sinne der Helfenden zu regieren;
- ein eurozentristisches, rassistisches Menschenbild, welches das Schicksal der „Eingeborenen“ als unwichtig abtut gegenüber den Interessen eines „zivilisierten“ europäischen Volkes.

Vielen Vordenkern eines jüdischen Staates war von Anfang an bewusst, dass sie ihr Ziel nur durch die (zumindest teilweise) Vertreibung und Verdrängung der im „Gelobten Land“ ansässigen, nicht jüdischen

Bevölkerung erreichen würden. Man bezeichnete diesen Vorgang als Transfer“, und es gab unterschiedlichste Haltungen dazu, was man damit genau meint und wie er durchzuführen sei. Im Grossen und Ganzen gab man der Frage bis zum Ende der 1930er-Jahre wenig Gewicht, zu viele andere Hindernisse waren auf dem Weg zum eigenen Staat noch zu überwinden.

Anfangsphase: Zeit bis zum Ersten Weltkrieg

Es dauerte eine Weile, bis der JNF/KKL wirksame Arbeit leisten konnte. In den ersten Jahren seines Bestehens kam es nur zu vereinzelt Landkäufen, hinter denen keine klare Strategie steckte. Erfolgreicher war die Organisation von Beginn weg in Hinblick auf das Sammeln von Spenden. Es gelang ihr, eine kleine blaue Spendenbox zu verbreiten, die innert einiger Jahre zum wichtigsten Merkmal des JNF/KKL und der zionistischen Besiedlung Palästinas wurde. Die finanziellen Zuwendungen waren zwar schon bald beachtlich, in Relation zum (unerschöpflichen) Ziel der Organisation – so viel Land erwerben wie möglich – waren die Mittel dennoch sehr bescheiden.

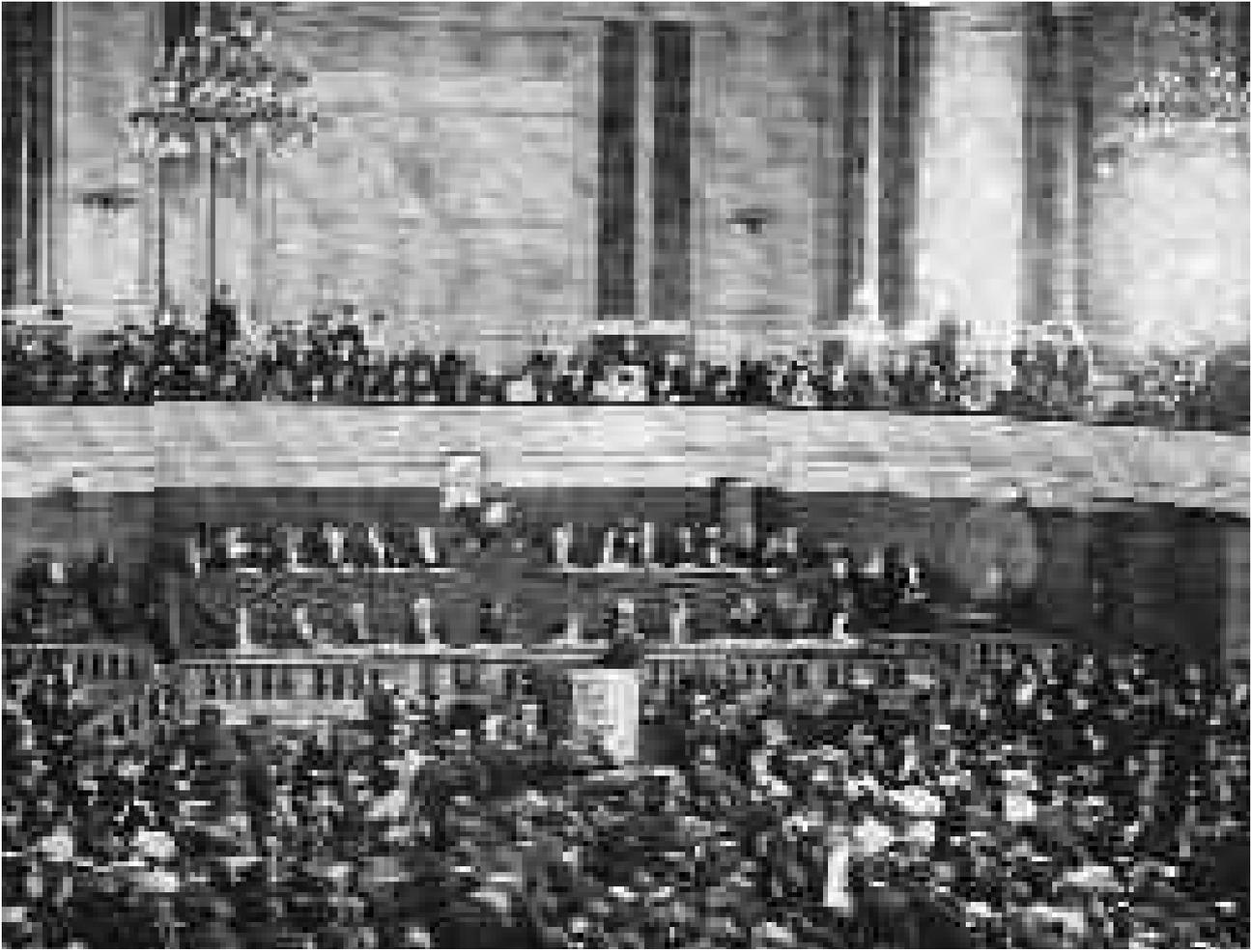
In jener Zeit war der JNF/KKL nur ein zionistischer Landkäufer unter vielen: Kibbuzim, jüdische Privatleute oder kleinere Siedlungsorganisationen erwarben und besaßen bis 1919 zusammen ein Vielfaches des Landes, das in JNF/KKL-Hand war. Unter der Obhut der Osmanen war es für Ausländer enorm schwierig, Land zu erwerben. Zudem durfte Agrarland nicht länger als drei Jahre brachliegen, ansonsten konnte der Staat die Besitzer enteignen. Die Verkäufer waren meist arabische Grossgrundbesitzer, die selbst in arabischen Städten der Region (Beirut, Jerusalem) lebten und ihr Land an Kleinbauern/Kleinbäuerinnen verpachtet hatten. Dass Ländereien ab und an die Besitzer wechselten, war an sich nichts Aussergewöhnliches. Traditionell hatte sich dadurch für die BewohnerInnen des Landes nicht viel geändert: Sie hatten nun die Pacht einfach an einen anderen Herrn zu entrichten. Dies änderte sich mit dem Auftauchen zionistischer InteressentInnen und dem Ende des Osmanischen Reiches schlagartig. Entsprechend der zionistischen Ideologie, mit jüdischen ArbeiterInnen einen jüdischen Staat zu schaffen, der den diskriminierten und verfolgten Juden und Jüdinnen weltweit eine Heimat bieten sollte, war für arabische, nicht jüdische Bauernfamilien kein Platz mehr. Von Anfang an war vom Jüdischen Weltkongress (JWK) geplant, dass der JNF/KKL das Land, das die Zionisten in Palästina in

Besitz brächten, im Namen des jüdischen Volkes als „Treuhänder“ verwalten sollte. Wie in seinen Statuten festgeschrieben, sollte das Land ausschliesslich der „jüdischen Nation“ dienen. Die Vertreibung arabischer PächterInnen war somit unausweichlich. Unter osmanischer Herrschaft war dies jedoch äusserst schwierig. Erst als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs das Osmanische Reich unterging und die Briten die Herrschaft über Palästina übernahmen, war die Zeit für den JNF/KKL gekommen.

Osmanische Landgesetze und deren Transformation in der Mandatszeit

Die britische Mandatsverwaltung machte sich 1921 unverzüglich daran, die osmanischen Landgesetze in ein koloniales juristisches System zu transformieren. Im Zentrum stand dabei der 1858 verabschiedete „Osmanische Landkodex“, welcher alles Land in fünf Kategorien unterteilt hatte. Dieses Gesetz bzw. seine katastrophale Umsetzung in osmanischer Zeit war eine der Ursachen für den erfolgreichen Landerwerb der verschiedenen zionistischen Kräfte während der Mandatszeit.

Voraussetzung für die Wirksamkeit des Landkodexes war eine detaillierte Registrierung sämtlichen Landes. Für die Kleinbauern/Kleinbäuerinnen und PächterInnen war die Registrierung des von ihnen bearbeiteten Landes aus mehreren Gründen völlig uninteressant: Zum einen war die zentralstaatliche Gesetzgebung in ihrem Leben seit jeher unwichtig, eine Registrierung des eigenen Landes demnach in ihren Augen unnötig. Zum anderen befürchteten sie neue Pflichten gegenüber dem Staat (mehr Steuern, Militärdienst, mehr Kontrolle durch die Behörden). Im damaligen Palästina wurde die Übersicht über die Landregistrierung den lokalen osmanischen Behörden übertragen. Damit öffneten sich Tür und Tor für Korruption und Missbrauch. Lokale Beamte und Eliten liessen ganze Landstriche, ganze Dörfer auf ihren Namen registrieren, ohne dass die betroffenen Bauern davon etwas merkten. So entstand eine arabische Schicht von Grossgrundbesitzern. Die britische Mandatsregierung orientierte sich bei ihrer kolonialen Anpassung des Rechts meistens an den schriftlichen Gesetzen und Registern und nicht an der Realität vor Ort, sodass die erschlichenen Ansprüche arabischer Notabeln unhinterfragt anerkannt wurden. Dies kam dem JNF/KKL sehr gelegen, denn viele Grossgrundbesitzer, die meist in einer Stadt lebten und kaum



einen Bezug zu ihrem Land hatten, verkauften ihm ihre Ländereien. Bis 1929 stammte laut damaliger Aussage eines Vertreters der Jewish Agency rund 90 Prozent des erworbenen Landes von „abwesenden Grundbesitzern“ (vgl. Ottoman Land Registration Law as a Contributing Factor in the Israeli-Arab Conflict).

Die zionistischen Landerwerbe und ihre Folgen

In den 1920er-Jahren begann der JNF/KKL, seine Tätigkeit zu systematisieren und ein Konzept für seine Landkäufe auszuarbeiten. Man entschied, sich auf ländliche Regionen zu konzentrieren, um landwirtschaftliche Siedlungen zu ermöglichen. Zudem legte man als geografischen Schwerpunkt das Jezreel-Tal, später die Küste in Judäa und Sharon, fest. Auf diese Weise erwarb der JNF/KKL bis 1927 rund 200 000 Dunam (= 200 km²) Land. Insgesamt belief sich das Land in jüdischem Besitz in jenem Jahr auf 900 000 Dunam (= 900 km²). Die PächterInnen, die tatsächlich auf den Ländereien wohnten und von der Landwirtschaft lebten, hatten das Nachsehen. Sie wurden meist vertrieben und waren gezwungen, in die Städte zu zie-

Gründung des Jüdischen Nationalfonds (KKL) am fünften Kongress der zionistischen Bewegung (1901) in Basel

hen. Der JNF/KKL war in dieser Hinsicht besonders unnachgiebig. Vertreter des JNF/KKL besuchten persönlich die neu erworbenen Ländereien und ermutigten die neuen jüdischen Besitzer, die einheimischen PächterInnen hinauszuerwerfen, selbst wenn sie keine Verwendung für die gesamten Ackerflächen hatten (siehe Ilan Pappé, Literaturhinweis S. 13).

Auf diese Weise entstand eine neue Schicht von arabischen landlosen Bauern/Bäuerinnen. Ihr Zorn auf „die europäischen Juden“, die scheinbar über enorme finanzielle Mittel verfügten, und auf die Briten, die nichts gegen die langsame Verdrängung der Einheimischen unternahm, wurde immer grösser und entlud sich schliesslich 1929 in einer Reihe lokaler Aufstände mit zum Teil tödlichem Ausgang. In Hebron und Safa kam es zu Massakern an jüdischen SiedlerInnen, insgesamt kamen bei den Unruhen 133 Juden und 230 Araber ums Leben. Um die Ereignisse aufzuklären,

setzte die Mandatsregierung eine Untersuchungskommission ein. In ihrem Bericht, dem Shaw Report vom März 1930, wird die Entwicklung der 1920er-Jahre deutlich aufgezeigt:

„Es gibt unanfechtbare Hinweise, dass die jüdischen Behörden sich ernsthaft von der Doktrin [...] verabschiedet haben, die Einwanderung anhand der wirtschaftlichen Kapazität Palästinas, Neuankömmlinge zu absorbieren, zu regulieren. [...] Zwischen 1921 und 1929 kam es zu gross angelegten Landverkäufen. Als Konsequenz davon wurden zahllose Araber vertrieben, ohne dass ihnen ein anderes Stück Land zur Verfügung gestellt wurde. [...] Dadurch wurde eine landlose und unzufriedene Klasse geschaffen. Das heute weit verbreitete Gefühl basiert auf der zweifachen Furcht der Araber, dass sie durch jüdische Immigration und Landkäufe ihrer Existenzgrundlage beraubt würden und dass sie mit der Zeit unter die politische Herrschaft der Juden kämen.“

Als Folge dieses Berichts verschärfte die Mandatsregierung 1930 die Gesetze zum Schutz von PächterInnen und Kleinbauern/Kleinbäuerinnen. Vor allzu einschneidenden Massnahmen (zum Beispiel das von arabischer Seite geforderte Verbot für Ausländer, Boden zu erwerben) schreckte sie aber zurück. Darin zeigte sich einmal mehr die unklare Politik der Briten, die während der ganzen Mandatszeit zwischen ihren Sympathien für die zionistischen Einwanderer und dem Schutz der einheimischen Bevölkerung schwankten. Die historische Forschung hat in den letzten Jahren deutlich aufgezeigt, wie die Zionisten die britische Kolonialverwaltung immer wieder für ihre Zwecke einspannen konnten.

Die unterschiedlichen, aber stark ineinander verwobenen Interessen der Briten und der Zionisten führten zu einem sogenannten „Dualen Kolonialismus“ (Begriff von Ronen Shamir): Die jüdischen Einwanderer übernahmen die konkrete Kolonisierung des Landes, während die britischen Behörden den kolonialistischen Rahmen in politischer, rechtlicher und administrativer Hinsicht garantierten. Der Aufstand von 1929 und die grassierende Weltwirtschaftskrise hatten zur Folge, dass der JNF/KKL in den Jahren darauf massiv weniger Land erwerben konnte. Zum einen wurden weniger Spendengelder generiert, zum anderen machte sich angesichts der zunehmenden Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung eine pessimistische Stimmung breit. Zudem erlebte die palästinensische Wirtschaft in der

ersten Hälfte der 1930er-Jahre einen Aufschwung, sodass weder Bauern noch Grossgrundbesitzer finanziell zum Verkauf ihres Landes gezwungen waren.

Die zionistischen Ländereien nehmen Form an: JNF/KKL-Aktivitäten bis 1947

Mit seinen Landkäufen schaffte es der JNF/KKL, Fakten zu schaffen, die in den 1940ern massgeblich in die UN-Pläne zu Palästina einflossen. Trotz schwieriger Bedingungen besass der JNF/KKL 1936 360 000 Dunam (= 360 km²) Land, was etwa einem Drittel allen jüdischen Landbesitzes in Palästina entsprach. Trotz des grossen palästinensischen Aufstands von 1936–1939 gelang es dem JNF/KKL, seinen Landbesitz in den kommenden zehn Jahren fast zu verdreifachen: Am Vorabend des Krieges von 1948 waren knapp sieben Prozent Palästinas – 1,85 Millionen Dunam (1850 km²) Land – in den Händen der jüdischen Community, die Hälfte davon unterstand dem JNF/KKL.

Im Laufe der 1930er-Jahre konzentrierte sich der JNF mehr und mehr darauf, einzelne Ländereien, die bereits in jüdischem Besitz waren, zu grösseren Einheiten zu verbinden. Mit anderen Worten bemühte er sich darum, die „Lücken“ zwischen verschiedenen jüdischen Landstrichen zu erwerben, um daraus ein zusammenhängendes jüdisches Gebiet zu machen. Damit gelang es der zionistischen Bewegung, Mitte der 1940er-Jahre zwei grössere Landstriche als „jüdisch“ bezeichnen zu können: die Küstenregion von Haifa bis südlich von Tel Aviv und die Region zwischen Haifa und dem Tiberias-See.

Die UNO, die sich zu jener Zeit um einen Teilungsplan für Palästina bemühte, wurde damit vor vollendete Tatsachen gestellt, die sie nicht ignorieren konnte. So teilte sie diese beiden Landstriche dem neu zu gründenden jüdischen Staat zu. Die Landkäufe des JNF/KKL vor dem Krieg von 1948 waren für die Entstehung Israels von grosser Bedeutung.

Auch wenn der JNF/KKL in den ersten 35 Jahren seines Bestehens „nur“ 3,5 Prozent Palästinas kaufen konnte, setzte er damit den Grundstein für die jüdische Besiedlung des Landes. Zudem ermöglichte seine kontinuierliche Arbeit, planmässig und systematisch vorzugehen und viele kleine Puzzlestücke, die von jüdischen Siedlern privat erworben wurden, miteinander zu verbinden und damit zum Kern des zukünftigen Territoriums Israels zu machen.

Beihilfe zur ethnischen Säuberung

Der JNF/KKL und die Nakba

Die Verabschiedung des Teilungsplans durch die UNO im November 1947 löste den ersten israelisch-arabischen Krieg aus. Der Krieg endete mit der totalen Niederlage der arabischen Armeen und palästinensischen Milizen, die arabischen Staaten schlossen 1949 Waffenstillstandsabkommen mit dem neuen Staat Israel. In der israelischen Geschichtsschreibung ist dies der Unabhängigkeitskrieg Israels. Die palästinensische Seite nennt ihn Nakba, das arabische Wort für Katastrophe, weil vor und während des Krieges Hunderttausende von Einheimischen aus ihren Dörfern vertrieben wurden und gezwungen waren, sich in den Nachbarländern Jordanien, Syrien, Libanon oder Ägypten niederzulassen (das Westjordanland war bis 1967 Teil Jordaniens, der Gazastreifen stand unter ägyptischer Kontrolle).

Zahlreiche HistorikerInnen – palästinensische wie israelische – haben sich seither mit den Ereignissen zwischen 1947 und 1949 auseinandergesetzt. Die Tatsache, dass die PalästinenserInnen bewusst gegen ihren Willen vertrieben worden sind, lässt sich kaum mehr leugnen. Dennoch ist die historische Aufarbeitung der Ereignisse noch lange nicht erschöpft. Denn Aufarbeitung heisst nicht nur, die Geschehnisse zu rekonstruieren und militärisch zu verstehen, sondern auch, nach den politischen Umständen und der

praktischen Umsetzung zu fragen: Wer hat diese ethnischen Säuberungen ganzer Landstriche befohlen? Welche Gremien waren an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligt? Wie waren diese Vertreibungen ganz praktisch umsetzbar? Wie gingen die anschließenden Zerstörungen der palästinensischen Dörfer vonstatten? Weitere Untersuchungen zu diesen Fragen werden zeigen, welche tragende Rolle der JNF/KKL vor und während der Vertreibung gespielt hat.

1930er-Jahre: Ein Konflikt zeichnet sich ab

Um die Bedeutung des JNF/KKL für die Durchführung der ethnischen Säuberungen zu verstehen, muss man die Vorgeschichte des Krieges betrachten. In den



Besichtigungstour durch die Ruinen von Lifta Quelle: Badil

1930er- und 1940er-Jahren übernahm der JNF/KKL einen neuen, zusätzlichen Aufgabenbereich: die Erstellung eines Registers aller palästinensischen Dörfer im britischen Mandatsgebiet. Diese sogenannten „Dorfakten“ sollten rund zehn Jahre später eine zentrale Rolle im ersten israelisch-arabischen Krieg spielen.

Die Idee tauchte nach dem grossen arabischen Aufstand auf, der zwischen 1936 und 1939 Palästina erschütterte. Schon bei der ersten Revolte von 1929 hatte sich gezeigt, dass sich die einheimische Bevölkerung durch die zunehmenden zionistischen Landkäufe bedroht fühlte und dass sie den britischen Behörden nicht zutraute, diese Entwicklung zu stoppen (siehe

Artikel „Geschichte“). Schon damals war vielen ZionistInnen klar, dass ihr Ziel nur durch einen militärischen Sieg über die PalästinenserInnen zu erreichen war. Yosef Weitz, Leiter der Siedlungsabteilung beim JNF/KKL, hatte schon in den frühen 1930ern darauf hingewiesen, dass ein jüdischer Staat nur durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung zu haben sei.

Mit der Machtübernahme Hitlers wurde die Lage für die in Europa lebenden Juden und Jüdinnen immer bedrohlicher. Viele entschieden sich, ihre Heimat hinter sich zu lassen und in die USA oder nach Palästina auszuwandern. Während dieser sogenannten „fünften Alija“ (der hebräische Ausdruck für die Einwanderung nach Palästina bzw. Israel) reisten schätzungsweise 200 000 Juden und Jüdinnen nach Palästina, das waren mehr, als gesamthaft in den 40 Jahren davor eingewandert waren. Diese massive Immigration und die Ängste, die dadurch geweckt wurden, waren der Auslöser für den arabischen Aufstand von 1936. Mit vereinten Kräften gelang es der britischen Mandatsmacht und den bewaffneten jüdischen Gruppen, den Aufstand niederzuschlagen. Zurück blieb bei den meisten zionistischen Anführern die Gewissheit, dass sich das zionistische Projekt nicht mit den Interessen der einheimischen AraberInnen vereinbaren lässt und dass es sich nur gewaltsam etablieren können. Mit anderen Worten: Die militärische und organisatorische Vorbereitung auf einen Krieg schien unumgänglich.

Dorfakten

In dieser Zeit machte ein junger Angestellter der Jewish Agency den Vorschlag, ein detailliertes Register aller rund 1200 arabischen Dörfer anzulegen. Ein solches Register, so schrieb er, „würde erheblich bei der Rückgewinnung des Landes helfen“. Es brauchte nicht viel, um den JNF/KKL von dieser Idee zu begeistern. Bald schon begann man, die Idee konkret umzusetzen.

Anfangs beschränkte man sich auf geografische und historische Informationen: Alter, allfälliger hebräischer Ursprung und topografische Lage der Dörfer wurden festgehalten. Für die Kartografie machten JNF/KKL-Mitarbeiter Luftbilder aus Flugzeugen. Diese Daten waren bis Ende der 30er-Jahre komplett. Während der 1940er-Jahre wurden die Dorfakten immer weiter ausgebaut. Haganah und JNF/KKL begannen, eigens Agenten für diese Arbeit auszubilden. Diese „Arabisten“ oder „Orientalisten“, wie man sie nannte, reisten dann in die Dörfer, liessen sich ein-

laden und fragten die Leute unauffällig aus. Immer mehr Details wurden festgehalten: die Bodenqualität des Agrarlandes, die Anzahl der Wasservorkommen in einem Dorf, die wichtigsten Einkommensquellen der BewohnerInnen, deren Religionszugehörigkeiten, die Namen der Dorfvorsteher, Alter der männlichen Bewohner, Beziehungen zu anderen Dörfern und so weiter. Des Weiteren interessierte die „Orientalisten“ die politische Haltung der DorfbewohnerInnen: Wie feindlich standen sie dem Zionismus gegenüber? Welche DorfbewohnerInnen hatten sich am Aufstand beteiligt, wer stand im Verdacht, Juden/Jüdinnen umgebracht zu haben? Welche Familien hatten Angehörige verloren? Innert weniger Jahre sammelte der JNF/KKL auf diese Weise unglaublich viel Wissen. Wissen, das ganz offensichtlich weit über das akademische Interesse an exakten geografischen Karten hinausging. Gegen Ende der Mandatszeit trat die militärische Ausrichtung der Angaben immer mehr in den Vordergrund: Die Lage der Zufahrtsstrassen wurde notiert, die Wachen in und um die Dörfer gezählt, potenzielle Angriffspläne ausgearbeitet. Als dann der Krieg ausbrach, konnte die zionistische Militärführung auf einen enorm umfangreichen Schatz an Informationen über ihre Feinde zurückgreifen.

Das Dilemma des Zionismus:

Ohne Vertreibung kein jüdischer Staat

In der Zeit vor der Annahme der UNO-Resolution 181 zur Teilung Palästinas in zwei Staaten befasste sich die zionistische Führung um David Ben Gurion (er war seit 1930 Präsident der zionistischen Arbeiterpartei Mapai, ab 1935 Vorsitzender der Jewish Agency for Palestine) mit der Frage, wie man mit den zu erwartenden UNO-Beschlüssen umgehen soll und welche Chancen ein Krieg dem künftigen Staat Israel bieten würde.

In der Öffentlichkeit akzeptierte Ben Gurion den UNO-Vorschlag, aber bei Reden in vertraulicherem Rahmen machte er aus seiner Ablehnung der vorgeschlagenen Grenzen keinen Hehl. Er rechnete fest mit der vollständigen Ablehnung der Teilung Palästinas durch die arabische Welt und die PalästinenserInnen. Darum war für ihn klar, dass die Zustimmung der ZionistInnen keine Verpflichtungen mit sich brächte, da der Konflikt sowieso militärisch und nicht diplomatisch gelöst würde. Der Historiker Ilan Pappé kommt in seiner Untersuchung der Quellen aus dem zionistischen Führungszirkel zum Schluss: „Für ihn [Ben

Gurion] und seine Freunde an der Spitze der zionistischen Hierarchie bedeutete ein lebensfähiger jüdischer Staat ein Staatsgebiet, das den grössten Teil Palästinas und, wenn überhaupt, nur eine verschwindende Zahl von Palästinensern umfasste.“ Dieser Meinung war wie Pappé zeigt, auch Yosef Weitz. Er schrieb 1940 in sein Tagebuch: „Transfer dient nicht nur einem Ziel – die arabische Bevölkerung zu reduzieren –, er dient auch einem zweiten, keineswegs unwichtigeren Zweck, nämlich: Land zu räumen, das derzeit von Arabern bestellt wird, und es frei zu machen für jüdische Besiedlung. Die einzige Lösung ist, die Araber von hier in Nachbarländer umzusiedeln. Kein einziges Dorf und kein einziger Stamm darf ausgelassen werden.“



Ruinen von Al Quba

Quelle: Badil

„Transfer“ war der allgemein verbreitete Begriff für die Vertreibung der einheimischen AraberInnen. Je konkreter sich abzeichnete, dass das jahrzehntelang ersehnte Ziel eines jüdischen Staates zum Greifen nahe war, desto mehr drehten sich die politisch-strategischen Diskussionen der zionistischen Führung um die Frage der künftigen Grenzen und um die sogenannte „demografische Frage“: Ein jüdischer Staat braucht per Definition eine klare jüdische Mehrheit auf seinem Territorium. 1947 lebten im dem jüdischen Staat zugeordneten Gebiet laut UNSCOP-Berechnungen 55 Prozent Juden/Jüdinnen (rund 500 000) und 45 Prozent AraberInnen. Im palästinensischen Staat wären 99 Prozent der Bevölkerung arabisch gewesen und nur 1 Pro-

zent (ca. 10 000) jüdische Eingewanderte. Die Konsequenz daraus ist klar: Ohne „Transfer“ der arabischen Bevölkerung würde es keinen jüdischen Staat geben, vor allem, weil Ben Gurion und Konsorten nach einem zionistisch kontrollierten Territorium strebten, das weit über die von der UNO festgelegten Grenzen hinausging.

Die politische Verantwortung des JNF/KKL: Yosef Weitz und die „Beratergruppe“

Mitte des Jahres 1947 begann David Ben Gurion, einen engen Kreis an Beratern um sich zu scharen, mit denen er vertraulich die zukünftigen Pläne und Strategien der zionistischen Bewegung besprach. Dieser Kreis, das „Beratende Komitee“, war verantwortlich

den war Yosef Weitz, Leiter der Siedlungsabteilung im JNF/KKL. Das Wissen, das er sich in den vielen Jahren als führende Figur des JNF/KKL angeeignet hatte, kam dem Beratenden Komitee nun zugute. Die unter seiner Koordination angelegten Dorffakten waren die Grundlage für die konkrete Kriegsplanung und für die Vorbereitung der Vertreibungen. Die leider nur selten geführten Protokolle zeigen, dass Weitz immer wieder auf die Notwendigkeit eines „Transfers“ hinwies und zwischen den Treffen eifrig an konkreten Vorschlägen zur praktischen Umsetzung arbeitete, die er dann den Militärs und Ben Gurion schmackhaft zu machen suchte.

Kriegsverlauf

Am 29. November 1947 verabschiedete die UNO die Resolution 181 zur Teilung Palästinas. In den Tagen danach begannen spontane und unorganisierte palästinensische Streik- und Protestaktionen, bei denen unter anderem auch jüdische Busse angegriffen wurden. Als Vergeltung kam es zu einer Serie von Angriffen auf palästinensische Dörfer und Stadtviertel, die zwar nicht systematisch verliefen, aber dennoch rund 75 000 Menschen zur Flucht bewegten. Im Januar nahmen diese Angriffe zu und wurden immer mehr zu eigentlichen Säuberungsaktionen. Mitte Februar folgten gewaltsame Vertreibungen, bei denen es jüdischen Truppen gelang, an einem einzigen Tag fünf palästinensische Dörfer zu räumen. Am 10. März wurde Plan Dalet beschlossen, der nun definitiv und ganz offiziell die Entarabisierung Palästinas befahl. Bis zur Ausrufung des Staates Israel am 15. Mai 1948 wurden laut dem palästinensischen Historiker Salman Abu Sitta über 400 000 PalästinenserInnen entwurzelt. Wenn ein Dorf geräumt war, wurden sämtliche Häuser gesprengt oder niedergebrannt.

An jenem 15. Mai 1948 begann offiziell der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten. Dennoch behielt Israel jederzeit die Oberhand. Seine Truppen waren seriös ausgebildet, straff organisiert und relativ gut bewaffnet. Zudem gelang es Israel, die Truppenstärke bis Ende des Sommers 1948 von 50 000 auf 80 000 zu erhöhen, mehr als die arabischen Armeen und die palästinensischen Milizen zusammen aufbringen konnten, die zudem meist ungenügend bewaffnet und schlecht organisiert waren. Aus dieser Position der Stärke heraus legitimierten die zionistischen Streitkräfte ihre Vertreibungsaktionen als Vergeltung für gegnerische Angriffe, auch wenn die



Ehemaliges palästinensisches Haus im heutigen Israel

für die Planung und Ausführung der ethnischen Säuberung während des ersten arabisch-israelischen Krieges 1947–1949. Der Historiker Ilan Pappé hat die Debatten und Entschiede dieses Gremiums trotz schwieriger Quellenlage detailliert aufgearbeitet. Dem Komitee gehörten die höchsten Offiziere in der Armee des zukünftigen jüdischen Staates und führende Personen aus dem Kreis der schon erwähnten „Orientalisten“ an, zudem einige regionale Kommandeure der Haganah. Moshe Dayan, legendärer Verteidigungsminister während des Sechstagekrieges 1967, gehörte ebenso dazu wie Yitzhak Rabin, Armeeführer in den 1960ern, zweimaliger Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger von 1994. Ebenfalls eingela-

Säuberungen oft schon lange im Voraus geplant und abgesegnet worden waren. Oftmals sah es so aus, als ob die lokalen Truppenverbände angewiesen worden waren, möglichst heftig zu provozieren, um eine Eskalation herbeizuführen. Die palästinensische Bevölkerung wurde gezielt terrorisiert und eingeschüchtert, um möglichst viele zur Flucht zu bewegen. „In Dörfern, die dicht an Städten lagen, verfolgten die israelischen Truppen eine Politik der Massaker, um die Flucht der Bevölkerung aus den nahen Orten und Stadtgebieten zu beschleunigen.“ (Ilan Pappé)

Massaker

Ein solches Massaker ereignete sich im Dorf Ayn al-Zaytun nahe der Stadt Safad. Ayn al-Zaytun lag in einem tiefen Tal an strategisch günstiger Lage. Jüdische SiedlerInnen hatten schon einige Jahre zuvor in der Nähe Land gekauft, waren aber von den palästinensischen DorfbewohnerInnen feindlich aufgenommen worden. Eine Abteilung der Palmach, der Haganah-Eliteeinheit, griff am 2. Mai 1948 das Dorf an. Als sie das Dorf aus Distanz in Beschuss nahmen, flohen die syrischen Freiwilligen (neben den Truppenverbänden der Nachbarstaaten gab es in ganz Palästina auch militärische Truppen, die aus Freiwilligen bestanden) überstürzt und liessen ein wehrloses Dorf zurück. Das Dorf kapitulierte, und gegen Mittag wurde es von der Palmach gestürmt. Die Palmach trieb alle zurückgebliebenen BewohnerInnen zusammen. Routinemässig identifizierte ein maskierter Informant alle, deren Namen auf einer vorbereiteten Liste der Geheimdienste standen. Die selektierten Männer wurden an einen anderen Ort gebracht und erschossen. Dies wurde in fast jedem eroberten Dorf so gemacht. In Ayn al-Zaytun jedoch kam es darüber hinaus zu Dutzenden, wenn nicht Hunderten von Erschiessungen von Gefangenen: Männer, Frauen und Kinder. Anschliessend wurden alle Häuser des Dorfes niedergebrannt, als Warnung an die palästinensischen BewohnerInnen der nahe gelegenen Stadt Safad. Auch das benachbarte Dorf Biriya wurde gewaltsam geräumt und vollständig zerstört. Die Ruinen von Ayn al-Zaytun sind heute, zusammen mit fünf weiteren zerstörten palästinensischen Dörfern, begraben unter dem Wald von Biriya, dem grössten von Menschen angelegten Waldgebiet, das sich über insgesamt 20 km² erstreckt. Der Wald wurde nach dem Krieg vom JNF/KKL angelegt und steht bis heute unter dessen Aufsicht und Verantwortung. Gegen Ende des Jahres 1948 nahmen die Säuberungs-

aktionen ab. Nun konzentrierten sich die israelischen Truppen darauf, eine Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern. Die verlassenen Dörfer wurden spätestens ab August 1948 systematisch zerstört und von israelischen Truppen bewacht. Zurückkehrende wurden wieder weggeschickt. Mit dem Abschluss der Waffenstillstandsabkommen mit den Nachbarländern kam das Ende der Militäraktionen. Schätzungen über die Zahl der Vertriebenen sind schwierig, liegen aber mit grosser Wahrscheinlichkeit über einer halben Million. Der palästinensische Historiker Salman Abu Sitta spricht ebenso wie Ilan Pappé von 800 000 Vertriebenen, 531 zerstörten Dörfern und 11 entvölkerten Stadtteilen.

Der JNF/KKL und die ethnischen Säuberungen

Auch wenn der JNF/KKL keine eigenen Truppen besass und auch direkt keine Säuberungsbefehle erliess, so ist er dennoch massgeblich mitverantwortlich am Leid, welches der palästinensischen Bevölkerung angetan worden ist. Vertreter des JNF/KKL hatten sich schon seit Jahren für eine Vertreibung der DorfbewohnerInnen eingesetzt, sie haben somit dazu beigetragen, dass dieses Tabu gebrochen wurde. Darüber hinaus war Yosef Weitz als Vertreter des JNF/KKL von Dezember 1947 an Mitglied der Beratergruppe um David Ben Gurion, des zentralen Planungs- und Entscheidungsorgans während des ersten arabisch-israelischen Krieges. Nach den Vertreibungen gehörte er einem zweiköpfigen Gremium an, welches alle Entscheidungen über palästinensische Vermögen und Grundbesitz treffen sollte – Entscheidungen, die vor allem Zerstörung und Enteignung bedeuteten. Es ist äusserst bezeichnend für die Erinnerungs- und Öffentlichkeitspolitik des Jüdischen Nationalfonds, dass diese dunkle Seite seiner Geschichte in keiner Weise erwähnt wird, weder auf den verschiedenen Websites noch in den vom JNF/KKL selbst veröffentlichten Büchern zu seiner Geschichte.

Weiterführende Literatur

1. Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt a. M. 2007
2. Interessante Karte von Salman Abu-Sitta, in der sämtliche zerstörte Dörfer eingetragen sind und viel Zahlenmaterial zusammengestellt ist:
„Palestine 1948. Commemoration of Al Nakba“:
palestineremembered.com/Acre/Maps/Story1261.html

Aus den Augen, aus dem Sinn

*Die Entarabisierung der Landkarte
und der Versuch der Auslöschung der
Erinnerung an die Nakba*

Israel und der JNF nach 1948

Nach 1948 fand sich der JNF in einer grundlegend neuen Situation wieder. Die Gründung eines jüdischen Staates, das jahrzehntelang angestrebte Ziel, war erreicht. Mit der Vertreibung eines Grossteils der angestammten Bevölkerung hatte sich für den JNF die Aufgabe, Land für jüdische SiedlerInnen zu erwerben, erledigt: Der israelische Staat hatte im Krieg enorm viel palästinensisches Land erobert. Auf diesem Land waren von November 1947 bis Juli 1949 rund 530 arabische Siedlungen und Dörfer sowie elf Stadtteile zerstört, die Bevölkerung vertrieben worden. Mit anderen Worten: Ein bedeutender Teil des neu entstandenen Staatsgebietes hatte sich Israel durch Vertreibung und militärische Gewalt angeeignet. Die nun entvölkerten Landstriche boten genug Platz für kommende jüdische ImmigrantInnen. Es ging für den JNF nach 1948 also nicht mehr darum, neues Land zu erwerben, sondern darum, das gewonnene Land im Sinne des zionistischen Projektes zu nutzen. Das hiess, den noch in den Kinderschuhen steckenden israelischen Staat zu unterstützen, indem neu ankommende ImmigrantInnen Land zur Besiedlung und bei Bedarf eine Arbeitsstelle erhielten. Die Entwicklung der Landwirtschaft wurde vorangetrieben, Entwicklungsprojekte wurden initiiert, Wälder angelegt.

Dass diese Aufgaben dem JNF und nicht einer neu geschaffenen staatlichen Behörde übertragen wurden, hatte neben praktischen und machtpolitischen (nach 40-jährigem Bestehen hatte der JNF kein Interesse

daran, seine zentrale Position zu verlieren) auch einen ganz wichtigen politisch-zionistischen Grund: Die Gründungsstatuten des JNF verpflichteten ihn dazu, seine Besitztümer einzig dem „jüdischen Volk“ zur Verfügung zu stellen. Das heisst, der JNF als nicht-staatliche Organisation war und ist bis heute in der Lage, einen Teil der Bevölkerung des neuen Staates auf Kosten der nicht-jüdischen Minderheit zu bevorzugen. Eine solch offene Diskriminierung wäre für staatliche Behörden schwieriger aufrechtzuerhalten, weil die internationale Gemeinschaft das nicht tolerieren könnte. Eine private Organisation hingegen hat in Bezug auf ihre Statuten und Verwendungszwecke einen viel grösseren Spielraum.

Höchste Priorität: Rückkehr der Flüchtlinge verhindern

Nach dem Waffenstillstand mit den Nachbarstaaten stellte sich auf internationaler Ebene die Frage, was mit dem durch Israel eroberten Land geschehen sollte. Für David Ben Gurion, Gründer und erster Ministerpräsident Israels, war klar, dass eine Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nicht in Frage kam. Um den internationalen Druck auf Israel zu entschärfen, wurden verschiedene Gremien geschaffen, die sich um die ehemals arabischen Besitztümer kümmern sollten. Eine endgültige Lösung der Landfrage wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, bis dahin sollte das Land mit einer Reihe von Gesetzen „vorübergehend“ verwaltet werden. Dabei zeigte sich, dass die israelische Regierung darauf aus war, möglichst schnell Fakten zu schaffen, mit denen sich die internationale Gemeinschaft und die PalästinenserInnen dann arrangieren sollten: Das annektierte Land wurde zwischen der israelischen Armee, dem JNF, der Kibbutzbewe-



gung und anderen InteressentInnen aufgeteilt. Insgesamt übernahm der JNF rund ein Drittel des Staatslandes. Dies beinhaltete den Grossteil der verwüsteten palästinensischen Dörfer und deren direktes Umland. Was der JNF mit diesem Land machte, beschrieb Yosef Weitz, Leiter der Siedlungsabteilung des JNF, im Juni 1948 so: „Wir haben begonnen, die Dörfer zu räumen, den Schutt zu beseitigen und sie zur Kultivierung und Besiedlung vorzubereiten. Auf einigen von ihnen werden Parks angelegt.“ (Zitat in Pappe)

Die Sieger machen die Geschichte

Die Orte, die die ethnische Säuberung von 1948 hätten bezeugen können, wurden vom JNF in den folgenden Jahren systematisch dem Erdboden gleichgemacht, an ihrer Stelle entstanden Dörfer mit ausschliesslich jüdischen BewohnerInnen, Wälder oder Parkanlagen. Diese neu geschaffenen Orte erhielten alle hebräische Namen, die sich angeblich aus der Geschichte Altisraels ableiteten. Dafür wurde extra eine „Namensfindungskommission“ aus ArchäologInnen und BibelkundlerInnen eingesetzt. Ilan Pappe bringt die Absicht dahinter auf den Punkt: „Dieses vorgebliche archäologische Bestreben, die Landkarte Altisraels wiederherzustellen, war im Grunde nichts anderes als ein syste-

Imwas 1958 vor der Vertreibung und Zerstörung **Quelle: Imwas Charitable Association**

matischer wissenschaftlicher, politischer und militärischer Versuch, das Terrain zu entarabisieren: seine Ortsnamen, seine Geographie und vor allem seine Geschichte.“

Auch in heutigen offiziellen Darstellungen des JNF zu den einzelnen Parkanlagen wird die arabische Geschichte der Orte völlig ausgeblendet. Auf seiner offiziellen Internetseite stellt sich der JNF als Einrichtung dar, die dafür gesorgt hat, die Wüste erblühen zu lassen. Stolz verkündet er: „Aber Israel war nicht mit natürlichen Wäldern gesegnet; seine Wälder sind alle von Hand gepflanzt. Als die ersten jüdischen Siedler ankamen, wurden sie von einem kahlen Land empfangen. Um das Land, das mit den Münzen aus den blauen und weissen JNF-Spendenbüchsen erworben worden war, beanspruchen zu können, wurden als Erstes Bäume an den steinigen Hügeln und auf den sandigen Böden gepflanzt.“

Mit dieser Darstellung wurde der alte, längst widerlegte zionistische Mythos vom „Land ohne Volk

für ein Volk ohne Land“, das „die Wüste zum Erblühen bringt“, einmal mehr sehr subtil verbreitet. Menschen, die nicht erwähnt werden, haben auch keine Geschichte, die man erzählen müsste: Aus geräumten, zerstörten Dörfern wird kahler, steiniger Boden, der – von niemandem genutzt – nur darauf wartete, mit Bäumen bepflanzt zu werden.

Diese geschichtsverfälschende Informationspolitik betreibt der JNF gemeinsam mit dem israelischen Staat bis heute. Die arabische Vorgeschichte der Wälder, Parks und Dörfer wird einfach ausgeklammert, als hätte es keine palästinensische Bevölkerung gegeben. Dahinter steht der Wunsch, Geschichte und Kultur der PalästinenserInnen auszulöschen und durch eine vorfabrizierte andere Version zu ersetzen, aus der sämtliche Spuren der einheimischen arabischen Bevölkerung getilgt sind. Die zuständigen lokalen wie nationalen israelischen Behörden gestalteten die gesamte Kulturlandschaft Palästinas um. Sie nahmen den Städten ihren arabischen Charakter, indem sie grosse Teile zerstörten, darunter den weitläufigen Park in Jaffa und Gemeindezentren in Jerusalem.

1967 – Fortsetzung der Vertreibungen

Im Zuge des Sechs-Tage-Kriegs von 1967 wurden erneut palästinensische Dörfer geräumt und deren BewohnerInnen vertrieben. Nach bewährtem Rezept legte der JNF auf den Ruinen Parks und Wälder an. Wieder versuchte der JNF damit, die Spuren arabischen Lebens zu verwischen, damit die ehemaligen Dörfer in Vergessenheit geraten. Viele dieser Wälder wurden über die JNF-Büros in einzelnen westlichen Ländern finanziert. So gibt es heute unzählige Wälder in Israel, die nach ihren Sponsoren benannt sind: Es gibt zwei in den 1980ern entstandene „Schweizer Wälder“, einen „Canada Park,“ oder den 2007 vom JNF-Frankreich gespendeten „Gaston Defferre Park“, um nur einige wenige zu erwähnen. Auch diese Anlagen sind oftmals auf den Trümmern palästinensischer Dörfer errichtet. Ein besonders stossender Fall ist der Canada Park. Er wird anhand des folgenden Interviews ausführlich dargestellt.

Beispiel: Canada Park

Das palästinensische Dorf Imwas wurde zusammen mit den Dörfern Yalu und Beit Nuba im Sechs-Tage-Krieg 1967 dem Erdboden gleichgemacht. Mitte der 70-Jahre verwendete der Jüdische Nationalfonds (JNF) Spendengelder seiner kanadischen Zweigstelle,

um auf dem Land dieser drei Dörfer den Canada Park zu errichten. Al Majdal, Zeitschrift der palästinensischen NGO BADIL, hat mit Ahmad Abughoush, Präsident der Imwas Society, über die Misere des Dorfes und der Dorfbewohner und über deren Rückkehrversuche gesprochen.

Al-Majdal: Was hast du für Erinnerungen an dein Dorf Imwas?

A.A.: Ich war zirka 14 Jahre alt, als wir aus dem Dorf vertrieben wurden. Imwas besass eine Mittelschule für SchülerInnen bis zur neunten Klasse, ich war in der siebten. Wie für die meisten Leute hatte das Gelände um mein Heimatdorf herum einen gewaltigen Einfluss auf meine Kindheit. Es war und ist noch immer so schön, wie ein Dorf nur sein kann: saftige grüne Felder, die sich Richtung Westen bis zum Meer erstreckten, im Osten langezogene Hügel des Westjordanlandes und Jerusalems. Das Dorf hatte mehr als zwölf Quellen, und sieben Brunnen verteilten sich über die Dorfländereien. Fast die Hälfte des Dorfes gehörte der Abughoush-Familie.

Die „Latrun-Ausbuchtung“, wie die Gegend um das Dorf herum heisst, war historisch sehr wichtig, weil sie für alle, die aus dem Osten kamen, als wichtigster Eingang nach Jerusalem diente. Deshalb widmeten die herrschenden Kräfte Palästinas dieser Gegend immer besondere Aufmerksamkeit, sodass das Dorf Imwas eine lange Geschichte hat.

Das Dorf hat für Christen eine religiöse Bedeutung, weil man sagt, dass Jesus hier zweien seiner Schüler erschien und ihnen Brotstücke gab. Deshalb gibt es in dem Dorf eine Kirche sowie ein Kloster, das noch immer existiert. Während der Osmanischen Zeit, in der das Dorf einen Niedergang erlebte, wurde die Abughoush-Familie damit beauftragt, christliche Pilger auf ihrem Weg nach Jerusalem zu beschützen. Dies belebte die Wirtschaft des Dorfes, und es begann zu wachsen, eine Entwicklung, die sich während des Britischen Mandates fortsetzte. Zum Dorf gehörten insgesamt 55 000 Dunam Land (5500 Hektar). Davon lag der grösste Teil des landwirtschaftlichen Landes (50 000 Dunam) in der Ebene westlich des Dorfes. Während der ethnischen Säuberungen von 1948 übernahmen die zionistischen Streitkräfte die Kontrolle über die Ebene, aber sie schafften es nicht am Dorf vorbei, das für die wenigen bewaffneten BewohnerInnen und die jordanischen Truppen wegen der Anhöhe leicht zu beschützen war. Sechs oder sie-

ben gescheiterte Versuche, das Dorf einzunehmen, zwangen die Zionisten dazu, weiter nach Süden zu ziehen und zu versuchen, Jerusalem durch Bab el-Wad und Al Qastal zu erreichen, was ihnen am Ende auch gelang. Aber obwohl wir es schafften, während der Nakba 1948 in unserem Dorf zu bleiben und es vor der Zerstörung zu schützen, übernahm Israel die ganzen 50 000 Dunam Agrarland. Durch den Verlust unserer wichtigsten Existenzgrundlage waren viele gezwungen, woanders nach Arbeit zu suchen. Aber die meisten blieben im Dorf und wendeten sich der Bildung und dem Handwerk als neuer Einkommensquelle zu. Wie ich schon sagte, das Dorf war von



Die Zerstörung von Imwas
Foto: palestineremembered.com

entzückender Schönheit. Der JNF musste nicht viel machen, um es in einen malerischen Picknickplatz zu verwandeln.

Was für Erinnerungen hast du an den Krieg von 1967?

A.A.: Die Trennung von unserem Land nach 1948 machte aus unserem Dorf einen kulturell und politisch sehr pulsierenden Ort. Immerhin lagen die Ländereien des Dorfes genau vor unserer Nase, wir mussten nur westwärts schauen. Die meisten der Dorfbewohner waren erklärte Befürworter des Projekts einer arabischen Einheit, das der ägyptische Präsident Gamal

Abdel-Nasser damals vorantrieb. Deshalb meldeten sich viele Dorfbewohner freiwillig, um den jordanischen Truppen, die im Dorf stationiert waren, zu helfen.

Am Tag, an dem [1967] der Krieg begann, verliessen die jordanischen Truppen das Dorf. Sie behaupteten, sie würden sich nicht zurückziehen, sondern hätten vielmehr den Auftrag, ein ägyptisches Kommando zu unterstützen, welches den Flughafen von Al Lydd angreifen wolle. Wir erfuhren später, dass das nicht stimmte. Jedenfalls liessen sie ein wehrloses Dorf zurück. Es stellte sich heraus, dass unser Dorf für die Israelis grosse militärische Priorität hatte, einerseits



Flucht aus Imwas 1967
Foto: palestineremembered.com

wegen seiner strategischen Lage, andererseits aus Rache für unseren Widerstand 1948 und für die Verluste, die sie damals durch die erfolgreiche Verteidigung des Dorfes erlitten hatten.

Am Dienstag, dem 6. Juni 1967, dem zweiten Tag des Krieges, umzingelten israelische Truppen das Dorf und eröffneten das Feuer. Als niemand das Feuer erwiderte, realisierten sie, dass das Dorf wehrlos war, und nahmen es von nordwestlicher und südwestlicher Seite her ein. Vielen Dorfbewohnern war die 1948-Nakba noch sehr lebhaft in Erinnerung. Jene aus den südlichen Teilen des Dorfes suchten Schutz im Kloster. Bei der Einnahme des Klosters verhafteten die

Israelis alle jungen Männer und sperrten sie für zwei Monate ein. Die Israelis zwangen die Leute aus dem Zentrum des Dorfes, sich auf den Dorfplatz zu begeben. Die BewohnerInnen der nordwestlichen Dorfteile wurden auf einem Feld versammelt. Beide Gruppen wurden dann nordwärts Richtung Ramallah getrieben. Es gibt eine berühmte Geschichte, laut der der Soldat, der zu einer der beiden Gruppen sprach, sagte: „Von hier bis Jiddah gehört alles uns [d.h. Israel], das heisst, ihr müsst alle dieses Gebiet verlassen. Alle, die unterwegs anhalten, werden erschossen!“

Meine Familie lebte auf einem Hügel am östlichen Ende des Dorfes, wir flüchteten Richtung Yalu. Als wir das Dorf Yalu erreichten, sahen wir, dass die israelische Armee schon dort war und wir das Dorf nicht betreten konnten. Am Ende liefen wir 16 Stunden abseits aller Strassen, bis wir das 32 Kilometer entfernte Ramallah erreichten. Immer wenn wir versuchten, eine Strasse zu erreichen, stiessen wir auf Soldaten, die uns den Weg blockierten. Als wir Ramallah erreichten, betraten wir die Stadt, die von israelischen Truppen grösstenteils umzingelt war. Wenige Tage später besetzten diese Truppen die Stadt. Eine Woche nach unserer Vertreibung hörten wir, dass wir zurückkehren dürften. Einige Dorfbewohner, darunter mein Bruder, gingen zurück, um zu sehen, ob das tatsächlich wahr sei. Leider nein: Die Armee hatte eine Barrikade errichtet, und als sich die Rückkehrer dem Dorf näherten, wurden sie von den Soldaten beschossen. Einige Tage später begann die Armee, die Häuser im Dorf zu zerstören. Im Unterschied zu den meisten anderen zerstörten Dörfern war in Imwas ein israelischer Fotograf [Joseph Onan] anwesend, der auch Fotos von der Zerstörung machte.

Zudem dokumentierte er das Schicksal von ein paar Familien, die etwas ausserhalb des Dorfes gelebt und es geschafft hatten, in ihren Häusern zu bleiben. Als das Dorf zerstört wurde, wurden auch diese Familien vertrieben, es gibt Fotos von ihrer Vertreibung. Eine andere Erinnerung, die ich nie vergessen werde, dreht sich um 13 alte Menschen, die nicht mehr gehen konnten und deshalb im Dorf zurückblieben. Man hat nie wieder etwas von ihnen gehört. Auch Hussein Shukri, ein junger Mann mit Körperbehinderungen, verschwand. Das Kloster hatte ihm einen elektronischen Rollstuhl beschafft, wohl eines der ersten Modelle im ganzen Land. Ich erinnere mich daran, dass er ein sehr junger, aktiver und athletischer Mann war. Zudem war er ein begabter Vogeljäger. Wir glauben, dass

all die Verschwundenen unter den Ruinen der zerstörten Häuser begraben wurden.

Wo sind die Palästinenser aus Imwas heute?

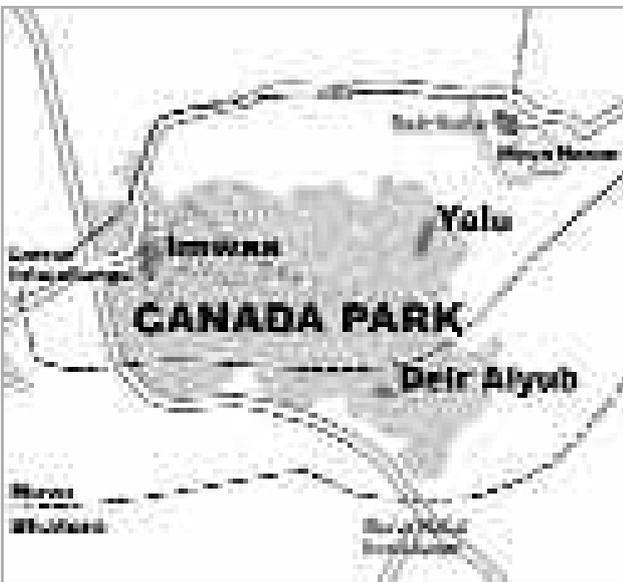
A.A.: Ein Teil der Arbeit der Imwas-Gesellschaft besteht darin, den Kontakt zu möglichst vielen Leuten aus dem Dorf zu suchen und aufrechtzuerhalten. Unserer Schätzung nach wohnen von den heute lebenden 23 000 DorfbewohnerInnen rund 18 000 in Jordanien. Weitere 1500 leben im Westjordanland, die meisten davon in und um Ramallah (primär in Betunia), andere in den Regionen um Jericho und Jerusalem.

Gab es nach 1967 Versuche, nach Imwas zurückzukehren?

A.A.: Selbstverständlich ist die Rückkehr etwas, das wir immer wollen, fordern und wofür wir kämpfen. Das ist auch nicht auf Imwas beschränkt, zwei Dritteln aller PalästinenserInnen wird das Recht auf Rückkehr dahin, wo sie herkommen, verweigert. Unser Kampf um die Rückkehr lässt sich vom grösseren Kampf nicht trennen.

Mein Vater, Hassan Ahmad Abughoush, erzählte mir, dass der für die Gegend zuständige israelische Militärkommandeur nach unserer Ausweisung Delegierte der drei zerstörten Dörfer Imwas, Yalu und Beit Nuba treffen wollte. Mein Vater war der Vertreter von Imwas. Mahmoud Ayyad vertrat Yalu, den Namen des Vertreters von Beit Nuba weiss ich nicht mehr. Der Offizier bot den Dorfbewohnern Kompensationen für die Dörfer an und wollte alle Leute in eine andere Gegend umsiedeln, dahin, wo heute das Militärgefängnis „Ofer“ steht. Mein Vater antwortete ihm: „Selbst wenn ihr uns Land im Himmel anbietet, wir werden nicht einen Dunum Land annehmen als Austausch für unser Dorfland. Von dort wurden wir vertrieben und dorthin werden wir zurückkehren. Des Weiteren muss die Armee die zerstörten Häuser wieder aufbauen.“ Die Vertreter der Dörfer erklärten dem Kommandeur, dass über jegliche Kompensationen, die die Ansprüche auf die ehemaligen Dörfer und unser Land beseitigen würden, von allen DorfbewohnerInnen entschieden werden müsste und nicht nur von einer kleinen Gruppe von Delegierten.

Das war das letzte Mal, dass wir in dieser Sache von Israel gehört haben. Auf dem Papier ist Imwas seither eine Militärzone – obwohl es nun einen JNF-Park gibt. Bis 1991 war es möglich, den Ort des ehemaligen



Eitan Bronstein von der israelischen NGO Zochrot bei einer Führung im Canada Park

Dorfes aufzusuchen, was wir oft gemacht haben. Dann aber wurde die Gegend gesperrt, sodass wir uns durch die Hügel schleichen mussten, um dorthin zu gelangen. Seit dem Bau der Mauer ist dies praktisch unmöglich geworden. Ich möchte noch anmerken, dass unsere Beziehung zum Kloster des Dorfes immer sehr eng war und immer noch ist. Vor 1967 waren mehr als

40 Leute aus dem Dorf dort angestellt, und seit Kurzem unterstützt das Kloster mit grossem finanziellem Aufwand das Projekt der Imwas-Gesellschaft, verarmten Familien aus Imwas unter die Arme zu greifen. Mein Vater war einer derjenigen, die beim Bau des Klosters mitgeholfen haben. Als ich 1988 das Kloster besuchte, erzählten mir die älteren Mönche nostalgische Geschichten über ihn. Aber am Wichtigsten ist, dass das Kloster öffentlich bekannt gegeben hat, dass sie die Kosten des Wiederaufbaus übernehmen würden, wenn wir zurückkehren können.

Wann hast du das erste Mal vom JNF gehört und von seiner Rolle, Israels Verbrechen an deinem Dorf zu vertuschen?

A.A.: Von 1973 bis 1976 war ich Student in Beirut und aktiv in der Befreiungsbewegung. Ich kehrte 1976 nach

Palästina zurück und wurde bald darauf von den Israelis wegen der Mitgliedschaft in einer politischen Organisation verhaftet. Ich war bis zu meiner Entlassung 1988 zehn Jahre und neun Monate im Gefängnis. Während meiner Beschäftigung mit dem Zionismus, den ich als Teil meiner Gefängnisbildung studierte, stiess ich auf den JNF. Zuerst weigerte ich mich, Hebräisch zu lernen. Erst 1982 realisierte ich, wie wichtig es ist, diese Sprache lesen zu können. Nachdem ich die Sprache gelernt hatte, begann ich die hebräische Presse zu verfolgen. Dabei erfuhr ich immer mehr über den JNF.

Erst nach meiner Freilassung 1988 konnte ich den Ort besuchen, an dem das Dorf stand. Dort sah ich, dass unser geliebtes Imwas in einen JNF-Picknickpark umgewandelt worden war. Da habe ich die direkte Verbindung zwischen dem JNF und Imwas verstanden. Seither arbeite ich daran, mit Hilfe der Imwas-Gesellschaft ein Bewusstsein zu schärfen für die besondere Rolle des JNF.

Wie wurde die Imwas-Gesellschaft gegründet und was hat sie seither getan?

A.A.: Die Gesellschaft wurde 1978 gegründet, als ich noch im Gefängnis war. Die Gründer, sechs oder sieben junge Männer aus dem Dorf, wollten die Aufmerksamkeit auf das Unrecht lenken, das unserem Dorf angetan worden war. Ich wurde nach meiner Freilassung aktiv in der Organisation. Seither haben wir unter anderem begonnen, verarmte Familien aus Imwas auf verschiedene Weise zu unterstützen. 1994 wurde ich zum Vizepräsidenten der Gesellschaft gewählt – der Präsident war mein alter Rektor. Im Moment bin ich Präsident der Imwas-Gesellschaft. Wir verstehen uns als Teil des generellen palästinensischen Kampfes für unsere Rückkehr und gegen Besatzung, Kolonialismus und Apartheid. Zusätzlich leistet die Imwas-Gesellschaft konkrete Arbeit auf drei Ebenen: auf der internationalen Ebene, auf der offiziellen palästinensischen Ebene und innerhalb der Familien aus Imwas. International arbeiten wir mit Journalisten und internationalen Agenturen zusammen, um die Thematik um Imwas am Leben zu erhalten. Imwas hat dieselbe Geschichte erlebt wie über 530 weitere palästinensische Ortschaften, die von den Zionisten zerstört und entvölkert worden sind. Im Unterschied zu den anderen Orten erlitt Imwas dieses Schicksal erst 1967. Darum ist die internationale Gemeinschaft, ebenso wie bei den jüdischen Siedlun-

gen im Westjordanland, eher bereit, diesen Fall als Verbrechen zu bezeichnen.

Wir haben uns auch darum bemüht, Wege zu finden, um der kanadischen Öffentlichkeit zu zeigen, dass dieser Park in ihrem Namen gebaut worden ist. Ein Dokumentarfilm des kanadischen Fernsehens (CBC) von 1991 zeigte den Fall deutlich auf. Ich glaube, dass der JNF aufgrund dieser Aufmerksamkeit versucht hat, den Park in Ayalon Park umzubenennen. Heute sind beide Namen in Gebrauch. Aus diesen Gründen sind wir sehr interessiert daran, eine internationale Kampagne gegen den JNF zu unterstützen. Bei der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) haben wir in langen Auseinandersetzungen klar gemacht, dass wir keinen Landtausch und keinen Umsiedlungsvorschlag akzeptieren werden. Im Jahr 1998 stimmte Präsident Arafat der Schaffung eines ehrenamtlichen kommunalen Dorfrats zu, der aber nie umgesetzt wurde.

Daneben haben wir versucht, das Thema in der palästinensischen Presse am Leben zu halten. Wir haben uns geweigert, an israelischen Gerichten für unsere Rechte zu klagen, weil es widersprüchlich ist, sich an eine Institution zu wenden, die Teil des rassistischen Regimes ist, das uns zuvor vertrieben hat. Wir haben zu einem Boykott des Canada Park aufgerufen, ausser für Bildungsreisen, die den Teilnehmenden die Geschichte des Ortes und das Schicksal der Dorfbewohner näherbringen wollen.

Weiterführende Literatur

1. Ilan Pappé hat die Entwicklungen nach dem Krieg in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ ausführlich behandelt. Dem sogenannten „Memorizid“ (Auslöschung der Erinnerung) widmet er ebenfalls ein Kapitel.
2. palestineremembered.org ist eine (englischsprachige) Homepage, die die Geschichte der ethnischen Säuberung Dorf für Dorf aufarbeitet und auch über umfangreiche Karten- und Fotosammlungen verfügt.
3. Das Interview ist der (englischsprachigen) Zeitschrift *al-majdal* der palästinensischen NGO BADIL entnommen, die sich unter anderem dem Kampf für das Rückkehrrecht der Flüchtlinge verschrieben hat. Auf der Website badil.org finden sich viele weitere Informationen zu den Themen Vertreibung, Nakba und Rückkehrrecht.
4. Neben palästinensischen Organisationen thematisiert auch die israelische NGO Zochrot den Vertreibungsprozess (Nakba) und organisiert Führungen in zerstörte Ortschaften.

JNF/KKL in der besetzten Westbank und Ostjerusalem

Der JNF/KKL beteuert immer wieder, er sei in den 1967 besetzten Gebieten (insbesondere Westjordanland, Ostjerusalem) nicht aktiv und in die Vertreibung der dortigen palästinensischen BewohnerInnen nicht involviert. Die Verantwortlichen der Organisation sind sich bewusst, dass die Kolonialisierung der 1967 besetzten Gebiete in der internationalen Öffentlichkeit (auch in der jüdischen) politisch umstritten ist, und tarnen deshalb ihre Aktivitäten zur jüdischen Kolonisierung dieser Regionen.

Verfolgte der JNF/KKL nach 1967 noch eigene Projekte (Canada Park) in diesen Gebieten, so betreibt dies heute Himnuta, die 99-prozentige Tochterorganisation des JNF/KKL. Dass Himnuta mit dem JNF/KKL eng verbunden ist, zeigt auch, dass sich der Hauptsitz von Himnuta in den Büroräumen des JNF/KKL in Jerusalem befindet. Himnuta funktioniert klandestin und hat ihre Finanzquellen und Ausgaben nie öffentlich bekannt gegeben. JNF/Himnuta kaufte ab 2004 illegal und ohne das Wissen der palästinensischen Besitzer für 20 Millionen Shekel (5 Millionen CHF) Land im Westjordanland.

Zwischen 1970 und 1992 kaufte JNF/Himnuta ebenfalls Tausende von Dunams in den von Israel besetzten und illegal annektierten Gebieten in Ostjerusalem und begründete sie mit Wäldern, um den israelischen Anspruch auf die ungeteilte Hauptstadt Jerusalem zu unterstreichen. In den Militärzonen im besetzten Jordantal organisierte der JNF/KKL Weiterbildungskurse für die dortigen SiedlerInnen.

Zu den Aktivitäten des JNF/KKL in den 1967 besetzten Gebieten gehört der Canada Park, der auf drei zerstörten palästinensischen Dörfern errichtet wurde (siehe Interview). Dazu gehört auch die Beteiligung an Vertreibungen aus Ostjerusalem. Die Familie Sumarin musste bis Mitte Dezember 2011 ihr Haus in der Nähe der alten Stadtmauer in Ostjerusalem verlassen haben. Die zwölf Familienmitglieder haben vom neuen Besitzer ihres Hauses, dem JNF/Himnuta, einen Räumungsbefehl erhalten. Auch mit zahlreichen Einsprachen konnten sie auf legalem Weg nicht erreichen, dass sie in ihrem Haus, das seit mehr als hundert Jahren im Besitz der Familie ist und bewohnt wird, bleiben können. Lange Zeit wurde die Familie gar nicht informiert, dass ihr Haus nach der israelischen Besetzung von Ostjerusalem 1967 vom israelischen Staat enteignet wurde.

Das alte Gesetz von 1950, mit dem bereits der grösste Teil des Besitzes der vertriebenen PalästinenserInnen enteignet wurde (Absentee Property Law), wurde von Israel auch 1967 auf palästinensisches Eigentum in den besetzten Gebieten (Westbank, Gazastreifen) angewandt. Weil die direkten Erben des Familienhauses im Ausland wohnten, wurde das Haus der Familie Sumarin vom israelischen Staat enteignet (obwohl Familienmitglieder im Haus wohnten). Das Haus wurde 1991 zusammen mit sieben anderen Häusern im Quartier Silwan (Ostjerusalem) vom israelischen Staat an die JNF-Organisation Himnuta überschrieben. Nachdem JNF/Himnuta von der enteigneten Familie erfolglos Mieten eintreiben wollte, geht es nun gemäss Organisationszielen darum, immer mehr des Besitzes an jüdische MieterInnen zu vermieten.

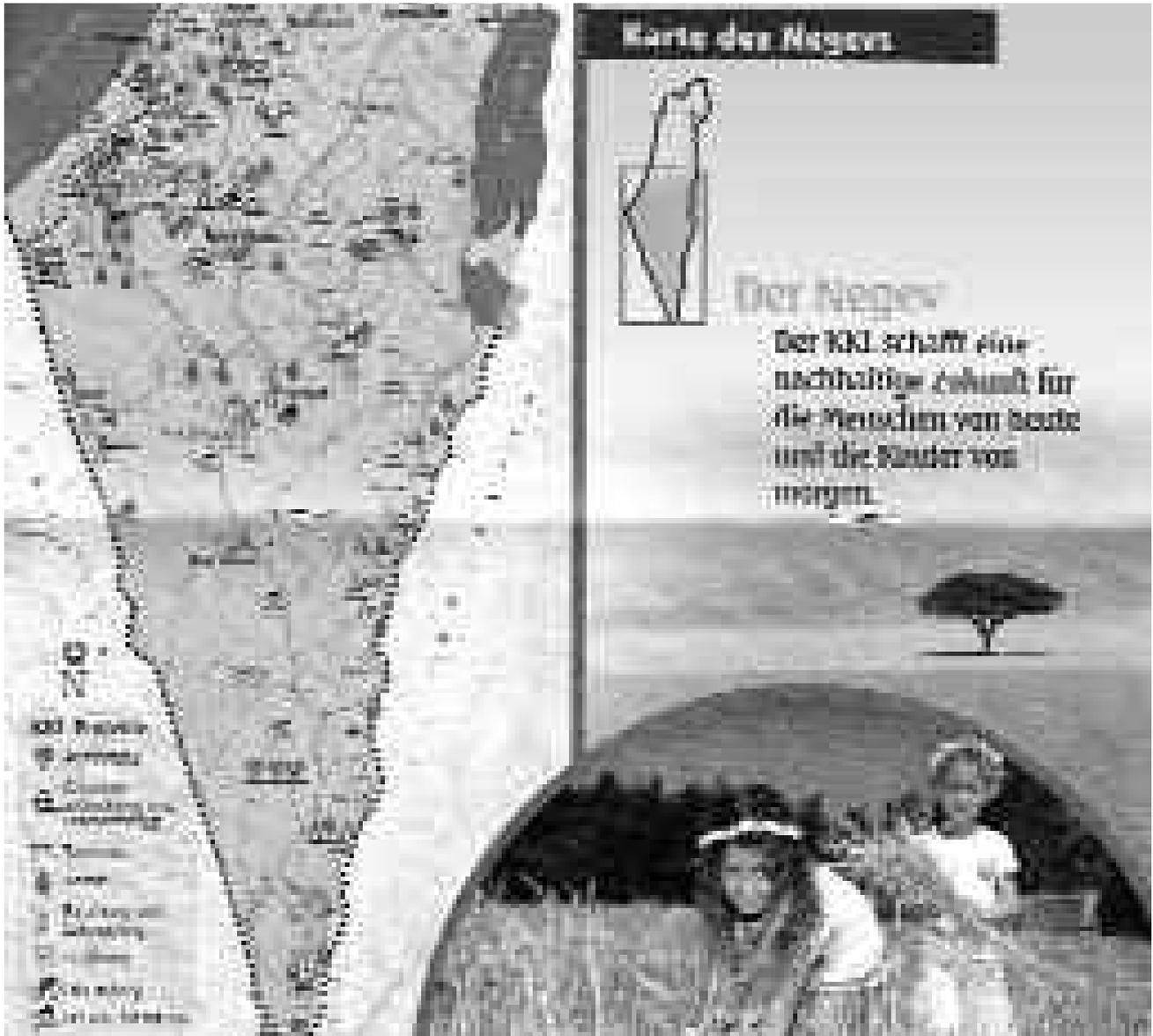
Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes

Grüner JNF/KKL?

Vor einigen Jahren beantragte der US-amerikanische Ableger des Jüdischen Nationalfonds, als Berater in den UNO-Rat für Wirtschaft und Soziales (ECOSOC) aufgenommen zu werden. In einem den Antrag begleitenden Unterstützerbrief wird der JNF USA in den höchsten Tönen für seinen Umweltschutz gelobt: Der JNF USA sei ein globaler Führer in Umweltfragen mit einer ausserordentlichen Geschichte von 240 Millionen Baumpflanzungen und 180 erbauten Wasserreservoirs. [...] Seine einzigartigen Fähigkeiten in Sachen Aufforstung und Wasserhaushalt würden Entwicklungs- wie Industrieländern zugutekommen.

Doch der JNF USA wurde abgewiesen. Die GegnerInnen der Aufnahme begründeten ihr Nein damit, dass der JNF USA und der in Israel ansässige JNF/KKL so eng miteinander verknüpft seien, dass man ihre Aktivitäten nicht auseinanderhalten könne. Da der JNF/KKL eine offen diskriminierende, parastaatliche Institution sei, könne der JNF USA nicht eindeutig als Nichtregierungsorganisation (NGO) bezeichnet werden. (<http://www.stopthewall.org/es/node/4525>) Diese Zurückweisung war ein herber Rückschlag für den JNF/KKL. Seit Langem hatte er grosse Anstrengungen unternommen, um international als Umweltorganisation wahrgenommen zu werden. Wer sich auf

den Homepages der verschiedenen JNF/KKL-Länderbüros umschaute, wird dies schnell feststellen. Als „Israels älteste Umweltorganisation“ rühmt man sich da, der JNF/KKL sei ein „globaler Führer in Sachen Umweltschutz mit einer jahrhundertelangen Erfahrung, die den JNF dazu befähigt, an der Spitze einer Kampagne für ökologische Verantwortung zu stehen.“ An anderer Stelle bietet die „103 Jahre alte internationale Umweltorganisation mit mehr als 50 Büros rund um die Welt“ gleich selber eine Lösung für den globalen Klimawandel an: „Berechnen Sie Ihren persönlichen CO₂-Fussabdruck, und dann gleichen Sie ihn aus, indem Sie Aufforstungsprogramme in Israel unterstützen.“ In enger Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung wurde versucht, das Image des JNF/KKL dem Zeitgeist anzupassen. Fragen zu Klimawandel, Umweltschutz und nachhaltigen Ressourcen haben in den letzten Jahren weltweit an Bedeutung gewonnen. Für eine Organisation wie den JNF/KKL, die sich seit ihrer Gründung mit Land- und Forstwirtschaft sowie Wasserfragen beschäftigte, lag es demnach nahe, ihre Tätigkeit unter das Label des Umweltschutzes zu stellen. VertreterInnen des JNF/KKL nahmen 2002 am UNO-Weltnachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg als Mitglieder der offiziellen israelischen Delegation teil. 2004 wurde der JNF/KKL von der UNO als NGO akzeptiert und aufgenommen. Der damalige Vorsitzende des JNF/KKL, Yehiel Leket,



schrieb in einer Pressemitteilung: „Den UN-Status zu erhalten, bedeutet, dass der Jüdische Nationalfonds mehr universelle Anerkennung und Ansehen auf der internationalen Bühne erhält. Dass andere Länder uns in den Vereinten Nationen akzeptieren, gibt unseren Bemühungen in Sachen Wasser, Umwelt und nachhaltige Entwicklung mehr Legitimität.“ In schöne Worte verpackt, formulierte Leket hier das zentrale Ziel des JNF/KKL: Anerkennung und Legitimität für die eigenen Methoden und Handlungen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Indem man die Tätigkeiten in den Bereichen Wasser, Umwelt, Aufzucht in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellt, wird der Kontext, in dem sich diese Tätigkeiten bewegen, ausgeblendet. Besatzung, Vertreibung, bewusste Diskriminierung der PalästinenserInnen – all das geht unter in der Propaganda des „Umweltschutzes“. In derselben Absicht bemühte sich der

KKL-Werbeprospekt zur Arbeit im Negev

JNF/KKL um internationale Forschungszusammenarbeit mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen. So veranstaltete die kanadische Provinz Manitoba im August 2008 in Kooperation mit dem JNF/KKL ein Wassersymposium, 2010 fand die zweite solche Veranstaltung in Israel statt. Daraus hat sich seither eine kontinuierliche, enge Zusammenarbeit zwischen akademischen Instituten beider Länder entwickelt.

Ein anderes Projekt ist ein deutsch-israelisches Programm für UniversitätsabgängerInnen mit dem Namen „greenXchange“, das vom JNF/KKL initiiert wurde und nach eigenen Angaben „die Grundlage für eine innovative Zusammenarbeit im Umweltbereich

zwischen Israel und Deutschland darstellen soll“. Doktorierende aus Deutschland mit Know-how in Bezug auf Umweltthemen werden nach Israel eingeladen, um Forst- und Bewässerungsprojekte zu bestaunen und daran mitzuarbeiten. Es lässt sich nicht bestreiten, dass einige der Projekte des Jüdischen Nationalfonds durchaus umweltschützerische Aspekte haben: Mit der Anlage von Wäldern können Desertifikation (= Ausbreitung der Wüste) und Erosion eingedämmt werden. Werden in Landwirtschaft und in der Bewässerung moderne Erkenntnisse der Agronomie und Geologie einbezogen, wird der Boden weniger ausgelaugt oder Wasserquellen werden nicht überstrapaziert. Doch diese Projekte machen den Jüdischen Nationalfonds noch lange nicht zu einer nachhaltig denkenden und handelnden Umweltorganisation. Denn daneben fördert der JNF/KKL seit 1948 Projekte, die für die Umwelt schädigende, ja sogar zerstörerische Folgen haben. Ausserdem relativieren sich zum Beispiel die Baumpflanzungen des JNF/KKL, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig Zehntausende von alten Olivenbäumen im besetzten Westjordanland ausgerissen wurden und wenn man weiss, dass die meisten gepflanzten Bäume keine einheimischen Baumarten sind. Dasselbe gilt für den Bereich Wasser: Der JNF/KKL spielt sich als fortschrittliche Organisation auf, die nach technischen und praktischen Lösungen für die Wasserverteilung sucht, während gleichzeitig palästinensische Dörfer systematisch vernachlässigt werden. Ein Grossteil der Wasserreserven des Westjordanlandes wird für die Landwirtschaft im israelischen Kernland abgezweigt (siehe auch Amnesty-International-Bericht „Durstig nach Gerechtigkeit“).

Der Carmel-Waldbrand 2010:

Folge unökologischer Forstmethoden

Die meisten der angeblich 2,4 Millionen Bäume, die der JNF/KKL seit seiner Gründung gepflanzt hat, sind Nadelbäume, hauptsächlich Kiefern. Diese Baumarten sind jedoch im Nahen Osten nicht heimisch. Einheimische Baumarten sind etwa der Feigenbaum, der Maulbeerbaum, der Johannisbrotbaum, niedrige Eichen und natürlich der Olivenbaum. Zu Hunderttausenden wuchsen Olivenbäume überall im Land, bildeten die Existenzgrundlage der meisten palästinensischen Bauernfamilien. Und während der JNF/KKL Kiefern pflanzt, werden seit Jahrzehnten Olivenbäume ausgerissen, sei es, um israelischen Bauprojekten (Siedlungen, Apartheidmauer, Checkpoints, Strassen

etc.) Platz zu machen oder als Kollektivstrafe für Aktionen palästinensischer Widerstandsorganisationen. Allein seit 2009 wurden im Westjordanland 160 000 Olivenbäume ausgerissen.

Anstelle der einheimischen Vegetation entstanden so im letzten Jahrhundert Dutzende von Wäldern, die eher in eine europäische Landschaft passen als in den Nahen Osten. Manche dieser Wälder sind eigentliche Monokulturen, künstlich angelegt und hauptsächlich aus einer Baumart bestehend. Manchmal (z. B. in Wäldern um Jerusalem) kamen die nicht einheimischen Bäume schlecht mit dem palästinensischen Klima klar. Viele Setzlinge des JNF/KKL überleben nicht und müssen immer wieder umgepflanzt werden. An manchen Orten haben die gesetzten Nadelbäume heimische Pflanzen verdrängt und das Ökosystem völlig durcheinandergebracht.

Einer dieser Wälder liegt am Hang des Carmel-Bergs, südlich von Haifa. Auf dem Boden des 1948 zerstörten Dorfes Al Tira liess der JNF/KKL Hunderttausende von Bäumen setzen und half damit, den Carmel-Nationalpark zu errichten. Weil die Landschaft der Flora der Schweizer Alpen glich, nannte man den Park auch „Little Switzerland“, zu Deutsch „Kleine Schweiz.“ Die gepflanzten Nadelwälder sind allerdings viel anfälliger für Waldbrände als andere Wälder. Von 167 Brandherden der letzten 60 Jahre lagen über 45 Prozent in Gebieten, die hauptsächlich aus Nadelbäumen bestehen. Auch als Ende 2010 im Carmel-Nationalpark der schlimmste Waldbrand in der israelischen Geschichte wütete, waren vor allem die vom JNF/KKL gepflanzten Parks aus leicht brennbaren Pinienwäldern betroffen. Experten des Mount Carmel Research Center an der Universität Haifa warnten davor, neue Bäume zu pflanzen, um die natürliche Regeneration des Ökosystems zu ermöglichen und eine erneute Brandgefahr zu minimieren. Vertreter des JNF/KKL hingegen haben bereits eine Million US-Dollar mobilisiert, um die Fläche schnellstmöglich wieder zu bepflanzen. Dazu erklärte Omri Gal, Sprecher der Israel Nature and Parks Authority, die die Carmel-Region verwaltet, dass das Ziel seiner Behörde der Naturschutz sei, während der JNF/KKL eine politische Agenda verfolge.

Die Trockenlegung des Hula-Sees

Ein konkretes Beispiel für den kurzsichtigen, interessengesteuerten Umgang des JNF/KKL mit der Umwelt und der indigenen Bevölkerung ist der Hula-See



Schweizer Armeehelikopter bei Brandbekämpfung in Israel

im Norden Israels. Nördlich des Tiberias-Sees (auch See Genezareth genannt) gelegen, war er über Jahrtausende das Herzstück eines Sumpfgebietes mit einer einmaligen Pflanzen- und Tierwelt. Der See galt als einer der ältesten Süßwasserseen der Welt und war für den Jordanfluss als Zuflussgebiet und als Filter von grosser Wichtigkeit. Das Feuchtgebiet war jedoch auch ein Hort der Malaria-Mücke, weshalb schon um 1900 die Idee der Trockenlegung auftauchte.

Anfang des 20. Jahrhunderts, also in osmanischer Zeit, fielen die Eigentumsrechte des ganzen Gebiets an einen libanesischen Händler. Dieser verkaufte sein Land 1933 in einer finanziellen Notlage der Palestine Land Development Company (PLDC), eine mit dem JNF/KKL verbundene Organisation. JNF/KKL und PLDC hatten die Absicht, das Sumpfgebiet völlig auszutrocknen, um damit erstens landwirtschaftlich nutz-

bares Land zu gewinnen, zweitens der Malaria-Mücke den Lebensraum zu entziehen und drittens Wasser für andere Projekte zu gewinnen. Der erste Schritt dazu war, die arabischen BewohnerInnen des Gebietes loszuwerden. Nach und nach entstanden 18 jüdische Siedlungen, die in zähem juristischem Ringen versuchten, die dort ansässigen PalästinenserInnen zu verdrängen. Nach über einem Jahrzehnt hartnäckigen Widerstandes seitens des Stammes der Ghawarina, der seit Langem in und von den Sümpfen lebte, wurden die PalästinenserInnen 1947/48 auf militärischem Weg praktisch vollständig vertrieben. Nun hatte der JNF/KKL, der nach der Gründung Israels die Oberaufsicht über dieses Gebiet hatte, freie Hand bei der „Entwicklung“ des Hula-Gebietes. Ohne sich über die Folgen Gedanken zu machen, begannen 1953 die Arbeiten zur Trockenlegung. Nach fünf Jahren war sowohl der See als auch ein Grossteil der Sümpfe ausgetrocknet. Erst jetzt begannen sich die Konsequenzen dieses Eingriffs in die Natur zu zeigen. In einer Studie des Geografen Moshe Inbar von 2002 (A Geomorphic and Environmental Evaluation of the Hula Drainage Project, Israel) werden die katastrophalen Auswirkungen umrissen: Dieses von Menschenhand gemachte Projekt markiert das Ende eines der ältesten dokumentierten Seen und Feuchtgebiete der Geschichte, mit einer reichen, vielfältigen Flora und Fauna ... Die landwirtschaftliche Entwicklung des gewonnenen Landes blieb erfolglos, die Böden waren von ständigen unterirdischen Feuern beeinträchtigt. Verwitterte Torfböden ohne deckende Vegetation waren durch den Wind der Erosion ausgesetzt. Ein weiterer ökologischer Effekt war die Freisetzung von Nährstoffen durch den zersetzenden Torf. Die Nährstoffe wurden im Jordanfluss in den eutrophen See Genezareth getragen ... Mit anderen Worten: Die an die Sumpflandschaft angepasste Tierwelt verlor ihren Lebensraum, die Böden laugten aus und erodierten, die Nährstoffe gingen „den Bach runter“, weshalb die Ernteerträge auch in der weiteren Umgebung abnahmen. Die Wasserqualität des Jordanflusses und folglich auch des Sees Genezareth nahm ab. Aus diesen Gründen sahen sich der JNF/KKL und die israelische Regierung gezwungen, etwas gegen diese Entwicklungen zu unternehmen. In den 1990er-Jahren wurde der ehemalige See zumindest teilweise wiederhergestellt. Die Sümpfe werden nie wieder ihren alten Zustand erreichen. Aber Flora und Fauna scheinen doch sehr beharrlich zu sein: Langsam holen sie sich ihren alten Lebensraum zurück.

Auf Kosten der Palästinenser

Wie der Jewish National Fund den Negev/Naqab „entwickelt“

Im Sommer des Jahres 2010, am 27. Juli, berichtete die BBC vom Überfall auf ein palästinensisches Dorf im Negev/Naqab – es handelte sich um Al Arakib. Die israelische Polizei, die Grenzpolizei und Israels Landverwaltung rückten mit 1300 bewaffneten Männern an, bewaffnet mit Bulldozern und schwerer Ausrüstung. Das Dorf Al Arakib wurde völlig zerstört und 300 Menschen, darunter viele Kinder, obdachlos gemacht. Sämtliche Olivenbäume, insgesamt über Tausend, wurden ausgerissen. In einer jahrzehntelangen Geschichte voll Vertreibung, Diskriminierung und Widerstand war dies einer der wenigen Momente, über den die internationale Presse weltweit berichtete.

Am Tag nach der Zerstörung des Dorfes bauten die BewohnerInnen ihre Hütten wieder auf. Aber auch die israelische Polizei und Grenzpolizei kamen zurück und es entwickelte sich ein brutales Hin und Her. Bis Juli 2011 ist Al Arakib 24-mal zerstört worden, jedes Mal bauten die PalästinenserInnen ihre Unterkünfte wieder auf. Das palästinensische Dorf Al Arakib soll einem Wald Platz machen, den der Jewish National Fund (JNF) dort pflanzen will. Die Geschichte von Al Arakib ist mittlerweile ein international bekanntes Beispiel für die Auseinandersetzung der PalästinenserInnen im Negev mit dem israelischen Staat und dem Jewish National Fund.

Historischer Kontext des Konflikts

Die Ursprünge von Al Arakib gehen weit in die osmanische Zeit und vor die Anfänge der zionistischen

Bewegung zurück. Die BewohnerInnen, die Al Okbi, lebten als Bauern von den Erträgen ihres Landes, unbehelligt von den Türken und der englischen Mandatsmacht. Eine Studie von Human Rights Watch (HRW) bestätigte vor wenigen Jahren, dass die beduinisch-palästinensische Bevölkerung des Negev vor dem Jahr 1948 eine sesshafte Lebensweise entwickelt hatte. Sie siedelten in Dörfern, bearbeiteten den Boden und verfügten über ein genau bestimmtes traditionelles System von kommunalem und individuellem Landbesitz (vgl. Off the Map: Land and Housing Rights Violation in Israel's Unrecognized Villages, HRW 2008). Der palästinensische Historiker Salman Abu Sitta bezeichnet das Gebiet um Beer Sheva, wo auch Al Arakib liegt, wegen des weit verbreiteten Getreideanbaus für das 19. Jahrhundert als den Brotkorb Palästinas. Während des Krieges 1948 wurde die über-große Mehrheit der PalästinenserInnen aus dem Negev vertrieben, von den ursprünglich 65 000 bis 95 000 BewohnerInnen blieben nur 11 000. Die Negev-PalästinenserInnen wurden, wie die übrigen PalästinenserInnen, unter Militärgerichtsbarkeit gestellt und gezwungen, in einem bestimmten Gebiet (siyag) zu leben, um Platz für jüdische Siedler und militärische Basen zu schaffen. Der damalige Vorsitzende der Landabteilung des JNF, Yosef Weitz, hatte übrigens dafür plädiert, auch die letzten PalästinenserInnen zu vertreiben, die noch im Negev geblieben waren. Zunächst schien der Staat Israel die Rechte der Al Okbi auf ihr Land anzuerkennen. In Al Arakib befand sich ein Gerichtssitz, bei Gerichtsverhandlungen wurde die israelische Fahne gehisst und im Jahr 1949 wurde hier für die ersten Knesset-Wahlen ein Wahllokal eingerichtet. Im Jahr 1951 befahl die israelische Armee den BewohnerInnen von Al Arakib

jedoch die Umsiedlung. Das Land würde für eine Militärübung gebraucht, nach sechs Monaten könnten sie zurückkehren, erklärte man den Al Okbis. Doch der israelische Staat verhindert bis heute mit Polizeigewalt diese Rückkehr. Als Al Okbis in den Jahren 1954 und 1973 versuchten, sich wieder anzusiedeln und ihr Land zu bearbeiten, wurden sie verhaftet.

Landenteignungen mit menschenrechtswidrigen Gesetzen nach 1948

Die PalästinenserInnen im Negev wurden Opfer der israelischen Landgesetze und der Landverwaltung, bei der der Jewish National Fund (JNF) eine wesentliche Rolle spielte. Laut Human Rights Watch war vor allem der im Jahr 1953 erlassene Land Acquisition (Validation of Acts and Compensation) Act entscheidend für die Enteignung der ursprünglichen Negev-BewohnerInnen. Danach konnte der Staat Land für sich registrieren lassen, wenn sich am 1. April 1952 die Eigentümer nicht dort befanden. Damals waren die Negev-PalästinenserInnen bereits zwangsweise in das vom israelischen Staat vorgesehene Gebiet umgesiedelt worden.

So wurden weite Bereiche ihrer Ländereien als Staatsland registriert, während viele Eigentümer nicht einmal davon erfuhren.

Mit dem 1965 erlassenen Planning and Building Act wurde ein Gesamtplan für das Gebiet aufgestellt. Der israelische Staat ignorierte damals die Existenz palästinensischer Dörfer und trug diesen Boden einfach als Agrarland ein. Palästinenser, die später wieder versuchten, an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückzukehren, erhielten auf dieser gesetzlichen Grundlage keine Baugenehmigung.

Eine weitere Bestimmung des Gesetzes aus dem Jahre 1965 sah ausserdem vor, dass illegal errichtete

Bulldozer des KKL/JNF bei der Zerstörung von Al Arakib





Zerstörte Bäume beim Beduinendorf Al Arakib
Foto: G. Rath

Häuser nicht an die Wasserversorgung oder das Elektrizitäts- und Telefonnetz angeschlossen werden konnten. Daher fehlt heute einer grossen Zahl palästinensischer Dörfer im Negev diese minimale Grundversorgung. Lediglich den Bewohnern von sechs palästinensischen Dörfern im Negev ist es inzwischen gelungen, die Anerkennung gegen den Staat durchzusetzen. Das Gesetz von 1965 sah ausserdem weitere Landenteignungen für öffentliche Zwecke vor. In Enteignungsverfahren wurde auch der Boden für die Planstadt Rahat konfisziert, in die der israelische Staat die PalästinenserInnen umsiedeln will. Diese Planstädte vegetieren am unteren Ende des Sozialindex der israelischen Städte und Gemeinden, haben eine extrem hohe Arbeitslosigkeit und eine absolut schlechte Infrastruktur.

Der Verstoss gegen die Menschenrechte in den israelischen Landgesetzen von 1953 und 1965 ist offen-

sichtlich. Die Palästinenser im Negev, die auf der Grundlage des Gesetzes von 1969 Prozesse gegen den israelischen Staat oder den JNF um ihr offiziell nicht eingetragenes Land verloren haben, können sich daher auch eindeutig auf internationales Recht berufen. In der Presseerklärung zur Studie von HRW beschuldigt Joe Stork, Direktor der Organisation für den Nahen Osten, die israelischen Politiker, die Negev-PalästinenserInnen in eine Verlierersituation gedrängt zu haben. Der Staat habe sie gezwungen, ihr Land zu verlassen, und in Hütten bzw. Dörfer ohne Grundversorgung wie Wasser oder Elektrizität zu ziehen. Israel hat Tausende von Häusern der Negev-Beduinen seit den 1970er-Jahren zerstört, allein im Jahr 2007 sind es Hunderte gewesen, stellt Stork fest. Die Behörden gehen davon aus, dass 45 000 Häuser der Negev-PalästinenserInnen in 39 nicht anerkannten Dörfern illegal gebaut wurden, diese sind damit von Zerstörung bedroht. Dies würde mit der Umsetzung des Baurechts begründet. Die Behörden zerstören zwar systematisch die Häuser von Negev-PalästinenserInnen, würden aber oft illegale jüdische Siedlungen übersehen oder im Nachhinein legalisieren, kritisiert

HRW die Praxis. Bei den PalästinenserInnen herrsche dringender Bedarf an angemessenem Wohnraum, doch der Staat baue jüdische Siedlungen, obwohl einige der 100 bestehenden jüdischen Siedlungen halb leer stünden, stellt HRW fest. Theoretisch könne zwar jeder beantragen, dort zu wohnen, doch die Komitees, die die BewerberInnen prüften, urteilten auf der Grundlage nicht festgelegter Kriterien und schlossen die PalästinenserInnen systematisch aus.

Human Rights Watch kritisiert die Rolle, die der Jewish National Fund bei der rassistisch bestimmten Zuteilung des Landes spielt. Der Staat und der JNF/ KKL kontrollieren 93 Prozent des Landes und weisen sie (ausschliesslich jüdischen) BenutzerInnen zu. Kein israelisches Gesetz fordere eine faire und gerechte Zuteilung ein, stellt HRW fest. Die Konsequenzen dieser Verhältnisse sind deutlich: Die PalästinenserInnen machen laut der Studie von HRW 25 Prozent der Bevölkerung im nördlichen Negev aus, sie haben jedoch nur 2 Prozent des Bodens zur Verfügung.

Widerstand im Negev

Die Al Okbi, die BewohnerInnen von Al Arakib, gehören zu den Negev-PalästinenserInnen, die nie aufgegeben haben. Sie kämpfen weiter dafür, ihr Land bewohnen und bewirtschaften zu können. Beamte der Barak-Regierung versprachen im Jahr 2001, sich der Sache der Al Okbi anzunehmen. Doch als kurz darauf die Sharon-Regierung an die Macht kam, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion eine neue Siedlung namens Givot Bar auf dem Land der Al Okbi gegründet. Bei ihrer Eröffnung war Wohnbauminister Effi Eitan Ehrengast. Einmal mehr ist die neue Siedlung ausschliesslich für jüdische Israelis reserviert, während den Beduinen systematisch Baugenehmigungen verweigert werden.

Doch der Widerstand in Al Arakib geht weiter: Nuri Al Okbi stellt schon seit Jahren ein Zelt auf einem Stück Land seiner Vorfahren auf und lebt dort. Regelmässig wird er von der Polizei verhaftet und sein Zelt zerstört, da er Staatsland betreten habe, so die Behörden.

Hunderte der Al Turis, Nachbarn der Al Okbis, die auch 1951 vertrieben worden waren, kehrten ebenfalls in organisierter Weise zum Land ihrer Vorfahren bei Al Arakib zurück. Sie bauten ihre Hütten neben dem Friedhof, wo ihre Familienmitglieder seit Hunderten von Jahren begraben lagen – Land, von dem der Staat während der Jahrzehnte, die es in seinem Besitz war,



Pflanzung eines Maulbeerbaums und Aufstellen einer Gedenktafel für die von Israel zerstörten Dörfer, im Clara Zetkin Waldheim in Stuttgart

keinen Gebrauch gemacht hatte. Die Al Turis bearbeiteten die Felder, pflanzten Olivenbäume und hauchten wenigstens einem Teil des Landes von Al Arakib wieder Leben ein. Die israelischen Behörden begannen daraufhin, die Kornfelder aus der Luft mit Gift zu besprühen, was im Jahr 2004 vom Obersten Gericht verboten wurde. Daraufhin begann die israelische Landverwaltung, neu keimendes Getreide unterzupflügen. Doch die unerschrockenen Bewohner bearbeiteten weiter ihr Land und säten noch einmal.

Neben Al Arakib sind in den vergangenen Jahren auch andere „nicht anerkannte“ palästinensische Dörfer im Negev geräumt worden, wie Tawil Abu Jarwal und Atir-Umm el-Hieran. Atir-Umm el-Hieran war im Jahr 1956 auf Befehl des israelischen Militärs gegründet worden, nachdem seine Bewohner aus dem Wadi Zaballa vertrieben worden waren. Auf diesem Land

steht heute der Kibbuz Shuval. Nach einem Masterplan aus dem Jahr 2002 ist auf dem Land von Atir-Umm el-Hieran ein Kibbuz namens Hiran geplant. Nach Angaben von HRW hat Israel seit dem Jahr 1979 Tausende von palästinensischen Häusern im Negev zerstört. Es sind Hunderte jedes Jahr. Die NGO Adalah, die sich für die Rechte der Palästinenser mit israelischem Pass starkmacht, und inzwischen auch viele andere Initiativen wie Negev Coexistence Forum, The Alternative Information Center, das Komitee gegen Hauszerstörungen, New Profile, Rabbis for Human Rights, Hit' habrut-Tarabut – Arab-Jewish Movement for Social and Political Change, Yesh Gvul und andere kritisieren diese klare Diskriminierung und die Verdrängungspolitik. Sie fordern den Stopp des Siedlungsprojekts des JNF im Negev.

Neueste Pläne von JNF und israelischer Regierung

In den vergangenen Jahren hat sich der Druck auf die Negev-PalästinenserInnen nochmals erheblich verstärkt. Im Jahr 2005 startete die israelische Regierung mit dem JNF-Israel, dem JNF-USA sowie weiteren zionistischen Organisationen ein sogenanntes „Entwicklungsprogramm“ für den Negev. Erklärtes Ziel ist es, die jüdische Bevölkerungsmehrheit im Negev zu sichern. Ursprünglich sollten 500 000 jüdische Siedler (möglichst von ausserhalb Israels) im Zeitraum von 2005 bis 2010 für den Negev gewonnen werden. Das liess sich nicht verwirklichen, deshalb ist jetzt von 250 000 SiedlerInnen die Rede, die bis zum Jahr 2013 im Negev angesiedelt werden sollen. Im Fall von Al Arakib wird der Jewish National Fund von einem evangelikalen christlichen Sender, God-TV, finanziell unterstützt. Die in London gegründete TV-Station, die seit dem Jahr 2007 von Jerusalem aus sendet, spendete 500 000 US \$ für das JNF-Projekt. Der Entwicklungsplan für diese Gegend ist natürlich vor allem auf die Infrastruktur der jüdischen Siedlungen hin ausgerichtet, er sieht zahlreiche neue Siedlungen vor und vernachlässigt die palästinensischen Dörfer völlig. Sofern Entwicklungsmaßnahmen für palästinensische Dörfer überhaupt vorgesehen sind, bekommen diese, anders als die jüdischen, keine finanzielle Förderung. Der Grossteil der nicht anerkannten palästinensischen Dörfer soll laut diesem Plan zerstört werden. Dagegen regt sich seit Langem nicht nur im Negev, sondern auch international heftiger Protest. Die israelische Regierung lässt sich jedoch vom Widerstand bislang

nicht beeindrucken. Am 11. September 2011, billigte die Netanjahu-Regierung den Praver Plan für die Umsetzung des Negev-Projekts und konkretisierte die Vertreibungsabsichten. Der Praver Plan sieht die zwangsweise Umsiedlung von 30 000 Negev-PalästinenserInnen vor, das entspricht fast der Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im Negev. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Schweiz sammelt der Jüdische Nationalfonds Spenden für seine Projekte im Negev. In der Bundesrepublik wird vor allem für den „Wald deutscher Länder“ geworben, der auf dem Land einer im Jahr 1948 vertriebenen palästinensischen Grossfamilie gepflanzt wurde.

Angeblich gehe es bei den Projekten des JNF darum, Flächen „unfruchtbaren Bodens für den Menschen urbar“ zu machen und das ökologische Gleichgewicht in der Region zu sichern (Werbung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für die Waldprojekte). Schon lange bestreiten AktivistInnen im Negev den sogenannten ökologischen Anspruch des JNF, da dessen Wälder möglichst europäisch aussehen sollen und daher kaum einheimische Arten verwendet werden. Zu den Kritikern gehört die israelisch-palästinensische Umweltorganisation Bustan, die zusammen mit dem Komitee der nicht anerkannten palästinensischen Dörfer im Negev Pflanzungen anlegt mit Bäumen, die dort tatsächlich heimisch sind. Trotz all dieser allgemein bekannten Fakten über die Aktivitäten des Jewish National Fund ist die Auslandsorganisation, der Jüdische Nationalfonds, in der Schweiz ebenso wie in den meisten anderen europäischen Ländern noch als gemeinnützig anerkannt. Die Spenden für den Jüdischen Nationalfonds, die bei zahlreichen oft auch Städten und Gemeinden organisierten Veranstaltungen für die Projekte im Negev gesammelt werden, sind daher von der Steuer absetzbar.

Quellen über den palästinensischen Widerstand gegen den JNF im Negev/Naqab:

1. Negev Coexistence Forum: dukium.org/eng
2. Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel: www.adalah.org
3. Alternative Information Center: www.alternativenews.org
4. Bustan: bustan.org
5. Human Rights Watch, englische Website: www.hrw.org/en
6. Der dritte Teil der E-Book-Reihe zum JNF ist dem Thema Canada Park gewidmet. Das Buch Volume 3: Ongoing Ethnic Cleansing: Judaizing of the „Naqab“ lässt sich im Internet runterladen unter: jnfbook.net

Planung als Werkzeug der Landenteignung – das Praver-Projekt im Negev

Der Middle East Report Online (Merip-Report) wertet die regelmässigen Zerstörungsaktionen gegen das palästinensische Dorf Al Arakib im Negev/Naqab als einen Versuch der Netanjahu-Regierung, ihre Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, dem jahrzehntealten Konflikt mit den PalästinenserInnen um den Boden im Negev/Naqab im Sinne des israelischen Staates ein Ende zu setzen. Der am 11. September 2011 von der israelischen Regierung verabschiedete Praver-Plan ist ein Instrument dafür.

Wie Jonathan Cook in einem Artikel vom 25. Oktober 2011 in Merip-Report feststellt, wird im Praver-Plan überhaupt nur ein Sechstel der immer noch strittigen Ländereien der PalästinenserInnen im Negev/Naqab anerkannt. Der Löwenanteil des Bodens, für den die Negev/Naqab-PalästinenserInnen immer noch mit allen Rechtsmitteln kämpfen, die ihnen im Staat Israel zur Verfügung stehen, fällt damit an den israelischen Staat. Entschädigung gibt es nur für 20 bis 50 Prozent dieses enteigneten Landes, wobei die Bedingungen für den Boden, für den es Kompensationen gibt, stark eingeschränkt sind. Weideland ist beispielsweise ausgeschlossen. In bestimmten Bereichen des Negevs dürfen die PalästinenserInnen, laut Praver-Plan, überhaupt kein Land mehr besitzen. Dies betrifft das gesamte Gebiet westlich der Strasse Nr. 40, der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung.

Innerhalb von fünf Jahren – so sieht es der Praver-Plan vor – sollen 30 000 bis 45 000 Negev-PalästinenserInnen zwangsweise umgesiedelt werden. Laut Eyal Clyne von Alternative Jewish Perspectives on Israel Palestine (23. September 2011) wäre dies fast die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im Negev (jnews.org.uk/commentary/housing-rights-in-israel-%E2%80%93-the-bedouin-case). Die künftige Heimat dieser PalästinenserInnen sollen die israelischen Planstädte in dieser Region werden, die schon jetzt für die palästinensische Bevölkerung des Negevs elende Lebensbedingungen bieten, mit schlechter Infrastruktur und extrem hoher Arbeitslosigkeit. Der Praver Report legt für diese Planstädte zudem eigene Kriterien über Bevölkerungsdichte, Grösse und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit fest. Diese für die Stadtplanung wichtigen Grössen gelten nicht für die jüdischen Städte und Gemeinden im Negev. Die PalästinenserInnen im Negev sind weiterhin entschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen. Sie suchen die internationale Öffentlichkeit, veröffentlichen Berichte bei der UNO und organisieren Rundreisen in den USA und in Europa.

Weitere Informationen

1. The Praver Plan and Analysis, October 2011, von Adalah unter adalah.org/upfiles/2011/Overview%20and%20Analysis%20of%20the%20Praver%20Committee%20Report%20Recommendations%20Final.pdf
Adalah ist ein Zusammenschluss von Rechtsanwälten, die sich für die Rechte der PalästinenserInnen in Israel einsetzen.
2. Jonathan Cook, The Negev's Hot Wind Blowing, 25.10.11, in Merip-Report unter: merip.org/mero/mero102511
3. Viktoria Waltz, Praver Report, 25. Juni 2011, in zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com

Der JNF / KKL und die Schweiz

Der JNF/KKL Schweiz gilt als gemeinnützige NGO, als „unpolitische Organisation“, obwohl die Mutterorganisation eindeutig eine halbstaatliche Institution ist.

Der JNF/KKL ist seit der Gründung des israelischen Staates ein wichtiger Bestandteil der israelischen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft. Er unterhält ein Netzwerk zur jüdischen Diaspora und pflegt darüber hinaus Kontakte zu Regierungsstellen (national wie kommunal) und zu christlichen Kirchen und Organisationen. Zudem finanziert der JNF/KKL verschiedene Forschungsinstitute und Lehrstühle in Israel, die sich eifrig an internationalen Forschungsprojekten beteiligen.

Alles in allem leistet der JNF/KKL einen grossen Beitrag zu den guten politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen Israels zu Dutzenden von Ländern in der westlichen Hemisphäre und darüber hinaus. Der JNF/KKL unterhält weltweit über 40 Tochterorganisationen, die jeweils für ein Land zuständig sind: Vom JNF Canada bis zum JNF Deutschland, vom JNF South Africa bis zum JNF Australia. Koordiniert werden die Aktivitäten der Länderbüros von der Mutterorganisation, dem JNF/KKL mit Sitz in Jerusalem. Auch die Schweiz ist in das internationale JNF/KKL-Netzwerk eingebunden. Die Behörden stützen seit jeher unkritisch die Doppelrolle des Jüdischen Nationalfonds: Der JNF/KKL Schweiz gilt als gemeinnützige NGO, als „unpolitische Organisation“, obwohl die Mutterorganisation, der JNF/KKL mit Sitz in Jerusalem, eindeutig eine halbstaatliche Institution mit politischen Zielen ist und sich als Teil der zionistischen Bewegung versteht. Die politische

Dimension der Tätigkeiten des JNF/KKL (siehe die anderen Artikel in dieser Broschüre) wird – ob bewusst oder unbewusst, muss hier offen bleiben – seit jeher nicht wahrgenommen.

In Israel gibt es mehrere Projekte, die von SpenderInnen aus der Schweiz ermöglicht worden sind. Der erste „Schweizer Wald“ wurde 1960 in der Nähe Jerusalems gegründet, später in den 1960er-Jahren wurde südlich von Haifa an den Hängen des Berges Carmel ein weiterer von SchweizerInnen finanzierter Wald errichtet. Die Schweizerische Avara-Gesellschaft weihte das Anbauprojekt „Idan“ ein.

„Frieden im Nahen Osten!“

In den 1970ern, nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973, bei dem grosse Waldflächen niedergebrannt waren, initiierten jüdische SpenderInnen aus der Region Basel einen „Basler Wald“ im Norden des Landes, bei der Stadt Safed. Unter dem Slogan „Für den Frieden im Nahen Osten!“ warben JNF/KKL-AktivistInnen für die Finanzierung von Bäumen, die im neuen Wald gepflanzt werden sollten. „Dem Frieden können wir niemals besser dienen als mit friedlichen Aktionen“, schrieb Max Guttman, Präsident des JNF/KKL Schweiz, in einem Spendenbrief. Die verwendete Rhetorik ist dabei sehr bemerkenswert: Anders als in der jüngeren Vergangenheit berief man sich damals nicht auf den Umweltschutz, sondern auf das Schlagwort „Frieden“. Der Grund dafür ist wahrscheinlich in der damaligen Unkenntnis der Zustände im Nahen Osten zu suchen. Die palästinensische Freiheitsbewegung stand noch an ihrem Anfang, und in Europa hatte kaum jemand eine Vorstellung davon, worum es in diesem Konflikt ging. Der Holocaust war noch in lebendiger Erinnerung, die Sympathien für

„die jüdische Seite“ lagen in Europa nahe. Über die „Mohammedaner“ hingegen wusste man wenig und traute ihnen entsprechend nicht.

Eine schriftliche Debatte um einen Spendenaufruf für den Basler Wald zeigt diese Situation exemplarisch auf: Der Frauenhilfsdienst (FHD) der Region Basel rief 1974 seine Mitglieder dazu auf, Geld für die Baumpflanzungen zu spenden. Ihr Argument: „Das Beste, das wir für den Frieden im Nahen Osten tun können, ist: dem Lande Israel den Lebensatem wiederzugeben.“ Dem widersprach eine Angehörige des FHD, hauptsächlich weil sie sich um die Neutralität ihres Verbandes sorgte. Ihr Brief an den Vorstand des FHD



Foto von Bundesrat Aubert bei der Eröffnung des Schweizer Waldes bei Tiberias, 1985

macht deutlich, wie wenig man über den Konflikt wusste. Sie schrieb: „Hinzu kommt, dass man hier leichter geneigt ist, Israel zu helfen als den Arabern – aber, kennen wir denn alle Hintergründe und haben wir schon je versucht, den Mohammedaner und Südländer zu verstehen?“ Aufbauend auf diesem Nichtwissen, gelang es dem JNF/KKL, seine Projekte als friedensfördernd darzustellen und weit über die jüdischen Communities hinaus Spenden aufzutreiben.

Einbindung der Schweizer Politik

Soweit sich das feststellen liess, wurden die Projekte

des JNF/KKL Schweiz nicht von staatlicher Seite gesponsert. Das notwendige Geld wurde immer über Private und Vereine zusammengetragen, Steuergelder flossen dafür keine. Der JNF/KKL Schweiz verstand es jedoch, auf anderer Ebene die Unterstützung von Bund und Kantonen zu erlangen. Zur Einweihung neuer Projekte wurden jeweils die Mitglieder von Regierungen eingeladen. So war etwa 1974 der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zur Einweihung des „Basler Waldes“ eingeladen worden. Man nahm die Einladung an und entsandte eine regierungsrätliche Delegation nach Israel, um vor Ort den Spatenstich miterleben und eine Urkunde als Andenken über-



Verkehrstafel zum Schweizer Wald bei Tiberias
Foto: Sami Daher

reicht zu bekommen. Indem der JNF/KKL gewählten PolitikerInnen die Ehre der Einweihung überliess, konnte er sich mit der damit einhergehenden Anerkennung und Legitimation durch staatliche Behörden brüsten.

In den 1980er-Jahren wurde ein weiteres Projekt dank Schweizer Geld gestartet: Der „Schweizer Wald“ am Tiberias-See. Mit einer ersten Pflanzung von 400 000 Bäumen an den Hängen des Tiberias-Sees sollte 1985 eine neue Tourismusattraktion entstehen. Zudem sollte der Wald Erdbeben verhindern, wie sie in den 1950er-Jahren mehrmals gegeben hatte,

und drei zerstörte palästinensische Dörfer verbergen. Zur Einweihung dieses Waldes war der Bundesrat herzlich eingeladen worden. Im Rahmen einer offiziellen Reise in den Nahen Osten übernahm der damalige sozialdemokratische Bundesrat und Aussenminister Pierre Aubert diese Aufgabe gerne. Im Oktober 1985 reiste er zuerst nach Ägypten, wo sein Staatsbesuch zeitlich mit der Entführung einer italienisch-ägyptischen Fähre durch die PLF (Palestine Liberation Front) zusammenfiel, um danach Israel einen Besuch abzustatten. Im Rahmen dieses Besuchs nahm Pierre Aubert an den Feierlichkeiten zur Einweihung des „Schweizer Waldes“ teil. Die grösseren Schweizer Medien nahmen davon zwar kaum Kenntnis, dennoch verlieh Auberts Anwesenheit dem ganzen Projekt und darüber hinaus dem JNF/KKL wichtige Anerkennung und Würdigung. Aubert stellte dies auch nicht weiter infrage, sondern spielte in diesem Spiel mit. In seiner Rede freute er sich über den Anlass und bekräftigte selber den kolonialistischen Mythos des „Ödlandes“, das die ersten jüdischen Einwanderer/innen hier angetroffen hätten. Der Baum als „Symbol des Lebens“ möge, so sagte Pierre Aubert, die Böden der ganzen Region bedecken und der Friede solle hier endlich Einzug halten.

Diese sehr naive Sicht auf den Konflikt im Stil von „wenn doch nur alle in Frieden miteinander leben würden“ war die Basis, dank der es dem JNF/KKL gelang, breite Unterstützung für sich zu gewinnen. Denn diese Sicht auf einen Krieg oder andere Auseinandersetzungsformen verweigert sich einer Analyse der Situation, missachtet den historischen Kontext, ignoriert Asymmetrien zwischen den beteiligten Konfliktparteien und kann darum nie auch nur ansatzweise einen Konflikt erklären, geschweige denn realistische Lösungsansätze präsentieren.

Selbstkritik? Fehlanzeige!

Nach der geglückten Einweihung scheint es jedoch zu erheblichen Problemen im „Schweizer Wald bei Tiberias“ gekommen zu sein. In einer aktuellen Broschüre des JNF/KKL Schweiz wird noch immer Geld gesammelt, um das Ziel von 500 000 Bäumen zu erreichen. Dieses Ziel sei „noch lange nicht erreicht“, obwohl jährlich 30 000 Bäume gepflanzt würden. Seit Beginn der Pflanzungen sind inzwischen 26 Jahre vergangen, das heisst, in dieser Rechnung stimmt etwas eindeutig nicht: Entweder stirbt ein beachtlicher Teil der Setzlinge jeweils sehr schnell, oder die Zahl von 30 000

Pflanzungen jährlich ist völlig übertrieben (sonst müssten es inzwischen über 600 000 Bäume sein). Zu dieser Frage schweigen die vielen bunten Werbebroschüren des JNF/KKL ebenso wie zu allem, was die Arbeit des JNF/KKL kritisch hinterfragen könnte. Dies betrifft auch ein neueres Projekt des JNF/KKL Schweiz, die Wasserversorgung von Rahat im Negev. Der israelische Staat (wie viele andere Zentralstaaten auch) versucht seit jeher, die nomadisch und/oder in Dörfern lebenden BeduinInnen zur Sesshaftigkeit zu bewegen. In den letzten Jahren wurden diese Versuche nochmals stark intensiviert (siehe Artikel zum Negev). Tausende von Beduinenfamilien werden derzeit gezwungen, ihren Lebensraum zu verlassen, Dörfer werden zerstört und an deren Stelle sollen Wälder entstehen. Als alternativen Wohnraum stellt der israelische Staat den BeduinInnen neu errichtete Städte zur Verfügung; eine Wahl lässt er ihnen nicht. So werden Tausende Menschen, deren Familien über Generationen hinweg in ländlicher Umgebung in kleinen Dörfern lebten, in eine künstlich geschaffene urbane Umgebung gezwungen. Katastrophale soziale wie ökologische Folgen sind in diesem Konzept vorprogrammiert. Diese Entwicklung passiert keineswegs „naturgegeben“ oder „von alleine“, sondern ist die direkte Folge politischer Entscheidungen der zionistischen Elite des Landes. Davon ist in Texten des JNF/KKL Schweiz jedoch keine Rede. In seiner Monatszeitschrift „Neuland“ schrieb er dazu: „Die Begriffe ‚Beduinen‘ und ‚Stadt‘ könnten an sich kein grösserer Widerspruch sein. Während die Beduinen traditionsgemäss in provisorischen Behausungen leben und mit ihren weidenden Herden durch die Wüste ziehen, lassen sich heute viele unter ihnen in Städten dauerhaft nieder. Die Stadt Rahat ist die erste Beduinenstadt der Welt. [...] Der Plan, die Beduinen des Negev in dauerhaften Unterkünften unterzubringen, führte zu einem fundamentalen Wandel in der soziokulturellen Struktur der Beduinen-gesellschaft und die neue Lebensart bringt einige sehr ernsthafte Umweltprobleme mit sich.“

Natürlich erscheint der JNF/KKL im weiteren Text als genau die richtige Organisation, um diese „ernsthaften Umweltprobleme“ zu lösen. Keine Rede davon, wie es zu dieser verheerenden Situation kommen konnte: Die Symptome (Umweltverschmutzung, Zerfall der sozialen Ordnung) werden als unumgängliche Probleme dargestellt, die mit eigentlichen humanitären Hilfsprojekten bekämpft werden können und sollen. Die Ursachen für die Probleme werden der „Kul-

tur“ oder „Tradition“ der BeduinInnen zugeschrieben. Eine solch kulturalistische Haltung (im Sinne von: „Die sind halt einfach so“) ist äusserst problematisch, im Grunde genommen rassistisch. Der JNF/KKL Schweiz beweist in diesem oben zitierten Artikel, dass er das rassistische Weltbild der Mutterorganisation JNF/KKL teilt und unkritisch wiedergibt. Er verhält sich zu hundert Prozent loyal zum israelischen Staat. Auch wenn dies der JNF/KKL Schweiz heftig bestreitet, so macht ihn diese Positionierung doch eindeutig zu einer politischen, parteiischen Organisation.

Das Image der unpolitischen NGO

Es ist beachtlich, dass es dem JNF/KKL bis heute gelungen ist, sich als unpolitische Wohltätigkeitsorganisation darzustellen. Und dies nicht nur gegenüber der



Gedenkstein zum Dank für die Spende von Max Guttman, ehem. Präsident des KKL Basel

nicht jüdischen Öffentlichkeit in Europa und Amerika, sondern auch gegenüber den Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt. Viele von ihnen nehmen den JNF/KKL bis heute als NGO wahr, die sich selbstlos für die Aufforstung Israels und die Urbarmachung der Wüste einsetzt. Dank seinem Image als unpolitische Organisation wird der JNF/KKL auch von Jüdinnen und Juden unterstützt, die gegenüber der israelischen Politik kritisch eingestellt sind.

Das Schenken von Bäumen anstelle von materiellen Gütern ist eine sehr verbreitete Sitte: Man zahlt 30 Franken an den JNF/KKL und erhält dafür eine

Urkunde für einen gepflanzten Baum (mit dem Namen des/der Beschenkten), die man dann verschenken kann. In vielen jüdischen Haushalten gab und gibt es die „Blaue Büchse“, eine kleine Blechbox mit einem Münzschlitz, mit der der JNF/KKL seit seinen Anfängen Spenden sammelte.

Auf dem politisch-bürokratischen Parkett hat dieses makellose Image dazu geführt, dass der JNF/KKL in vielen Ländern den Status der Gemeinnützigkeit besitzt. Damit sind Spenden an den JNF/KKL steuerbefreit. Dies ist auch in der Schweiz der Fall. Auf Bundesebene gilt der JNF/KKL Schweiz offenbar als Organisation, „die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke verfolgt“ und deren Gewinne „ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet“ sind, womit die Organisation nach Artikel 56 des „Gesetzes über die direkte Bundessteuer“ steuerbefreit ist. Das bedeutet, dass der JNF/KKL Schweiz keine Steuern zahlen muss. Zudem hat es zur Folge, dass man Spenden an diese Organisation von den direkten Bundessteuern abziehen kann. Die meisten Kantone haben Spenden an den JNF/KKL ebenfalls von den kantonalen Steuern befreit.

Die verschiedenen Artikel dieser Broschüre zeigen, dass der JNF/KKL keineswegs eine weitere harmlose „grüne“ NGO im Stil von WWF und Konsorten ist. Die Befreiung von Steuern ist ein Hohn für alle, die unter den Praktiken des JNF/KKL gelitten haben oder aktuell leiden. Neben dem ganzen Unrecht mag die Steuerfrage auf den ersten Blick nebensächlich erscheinen. Doch an diesem Punkt ist der JNF/KKL angreifbar, verletzlich.

Die Forderung nach Aberkennung der Gemeinnützigkeit ist ein wichtiger Hebel, mit dem wir den Charakter und die Praktiken des JNF/KKL grundsätzlich infrage stellen können. Zudem sind internationale Spenden die Existenzgrundlage des JNF/KKL. Eine erfolgreiche Kampagne für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wird also gleich doppelt wirkungsvoll sein: Einerseits kratzt eine solche öffentliche Diskussion am makellosen Image des JNF/KKL, andererseits würde das Spenden zukünftig unattraktiver.

Hier liegt der Kern des Kampfes, den die „Stop the JNF“-Kampagne führen muss: Wenn der Schein einer unpolitischen Organisation auseinanderfällt, wird der JNF/KKL in der Schweiz und anderswo sein Fundament verlieren, das ihm seit Jahrzehnten ermöglicht, die Politik Israels und den Zionismus insgesamt zu unterstützen.

Impressum

Herausgeberin:

Palästina-Solidarität Region Basel, www.palaestina-info.ch,
Kontakt: info@palaestina-info.ch
in Zusammenarbeit mit dem Palästinakomitee Stuttgart, www.palaestinakomitee-stuttgart.de
und BDS Schweiz, www.bds-info.ch

Redaktion:

Andreas Bösing, Cornelia Hanke, Urs Diethelm
Layout und Bildbearbeitung: Manuela Kunkel

Spenden an:

Palästina-Solidarität Region Basel, 4002 Basel, Schweiz
PC 40-756856-2

Preis: 4.- SFr./5.- Euro

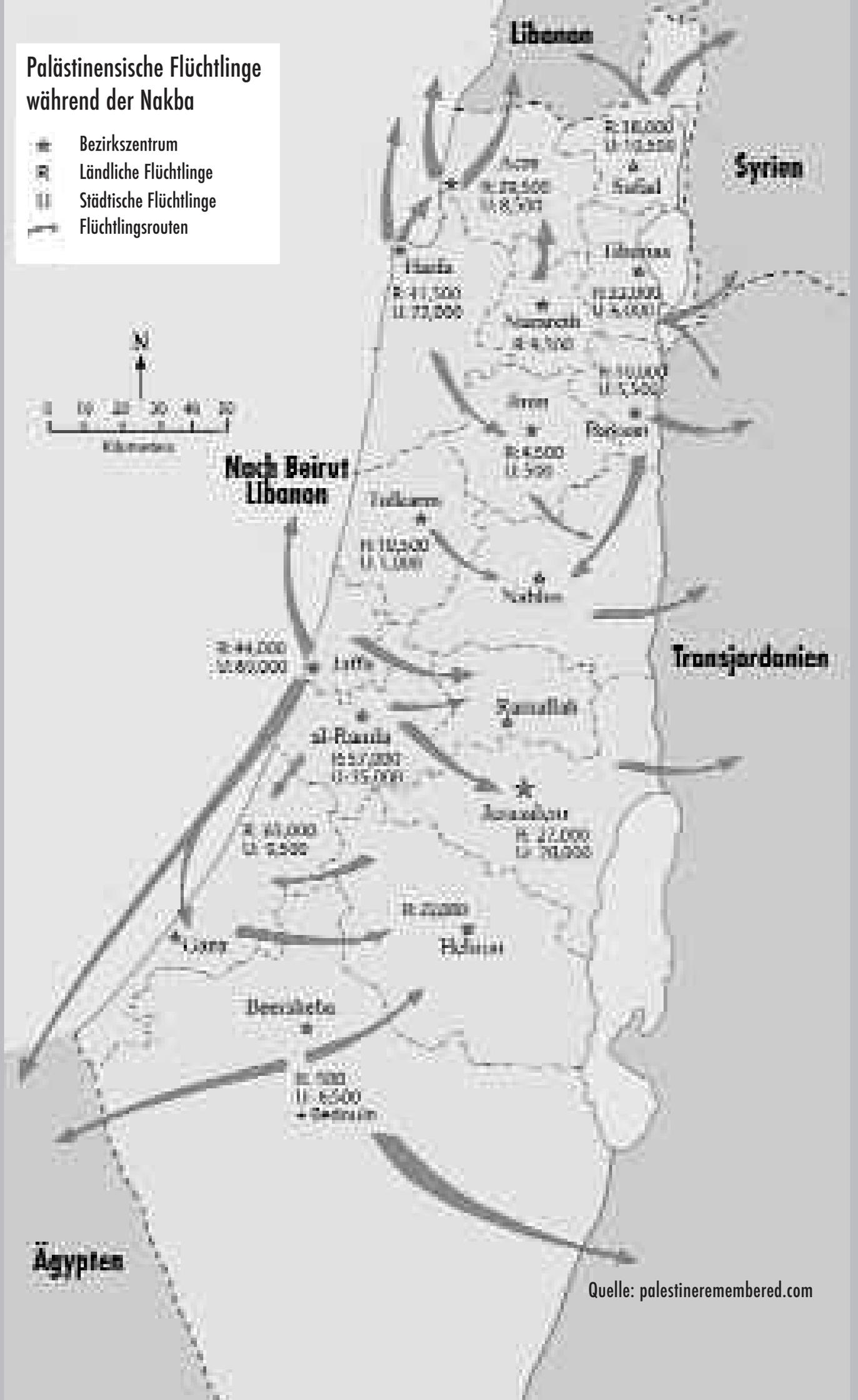
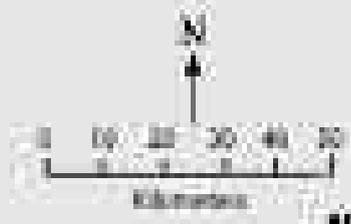
Spenden für Kolonialismus und Apartheid

Grünwaschung von Vertreibung und Enteignung in Palästina
durch den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL)

Palästina-Info Spezial, März 2012

Palästinensische Flüchtlinge während der Nakba

- ★ Bezirkszentrum
- Ländliche Flüchtlinge
- ▨ Städtische Flüchtlinge
- Flüchtlingsrouten



Quelle: palestineremembered.com



Nuri el Okbi, Vorsitzender der Vereinigung zur Unterstützung und Verteidigung der Rechte der Beduinen in Israel, vor dem Hinweisschild für einen vom JNF Deutschland gespendeten Rad- und Joggingweg